

Sächsisches Archivblatt

Heft 1 / 2011



Inhalt

Seite

1	Archive unter Dach und Fach. Bau, Logistik, Wirtschaftlichkeit – 80. Deutscher Archivtag 2010 in Dresden Maria Rita Sagstetter
3	Karikaturen in drei Dimensionen Volker Jäger
5	Archiv des Leibniz-Instituts für Länderkunde erschließt historische Fotografien aus Ecuador – Kooperationsprojekt mit Stiftung aus Quito Heinz Peter Brogiato
6	Erschließung der Gemeindebestände Lindenau und Oberlößnitz im Stadtarchiv Radebeul Sven Woelke
8	Übergabe des Nachlasses des Architekten Kunz Nierade an das Stadtarchiv Leipzig Anett Müller
10	Von der Privat-Heil- und Pflegeanstalt für Geisteskranke Thonberg zur staatlichen Heilanstalt Thonberg – Quellen zur mitteldeutschen Psychiatriegeschichte im Stadtarchiv Leipzig Frauke Gränitz / Olaf Hillert
14	Johann Sebastian Bach – Anteilseigner an einem Silberbergwerk Eberhard Spree
18	Das Deutsche Rote Kreuz der DDR – Nachlass seines Präsidenten Werner Ludwig vom Hauptstaatsarchiv Dresden übernommen Gisela Petrasch
20	Der Willebrief Rudolf I. von Sachsen-Wittenberg an Balduin von Luxemburg von 1339 Daniel Heimes
22	Vom Trödelmarkt gerettet – Der Wissenschaftsverlag J. C. Hinrichs, Leipzig Thekla Kluttig
24	Training the Trainers – Internationale Tagung zum Thema Notfallplanungen in Archiven in Kattowitz Thomas-Sergej Huck
25	Kolloquium zur Adelsfamilie von Schönberg im Staatsarchiv Leipzig Birgit Richter
26	Plenarvideos des Sächsischen Landtages gesichert Andrea Wettmann
27	Zentraler Server für archivische Fachanwendungen, Upgrade der Software Michael Merchel
28	Nachhaltige Hilfe für das Stadtarchiv Köln durch das Sächsische Staatsarchiv Thomas-Sergej Huck/Sabrina Rakelmann
29	Theater im Bergarchiv Freiberg Peter Hoheisel
29	Ausstellung „Adolf Bleichert & Co. – Leipziger Verlade- und Transportanlagen in aller Welt“ Marion Fechner
30	Rezensionen: Niklot Klüßendorf, Münzkunde. Basiswissen, Hannover 2009 Gerald Kolditz
31	Sigrid Dauks, „Aus den Akten auf die Bühne“. Inszenierungen in der archivischen Bildungsarbeit, Berlin 2010 Peter Hoheisel

Archive unter Dach und Fach. Bau, Logistik, Wirtschaftlichkeit – 80. Deutscher Archivtag 2010 in Dresden

Vom 29. September bis 2. Oktober 2010 fand in den Räumlichkeiten der Messe Dresden der 80. Deutsche Archivtag statt. Auf Einladung des VdA – Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e.V. befasste sich die archivistische Fachwelt mit aktuellen architekturbaulichen Fragestellungen, wobei der Schwerpunkt auf den Zusammenhängen von Bau, Logistik und Wirtschaftlichkeit als Rahmenbedingungen für die dauerhafte Aufbewahrung, Sicherung und auch für die Zugänglichmachung von Archivgut lag.

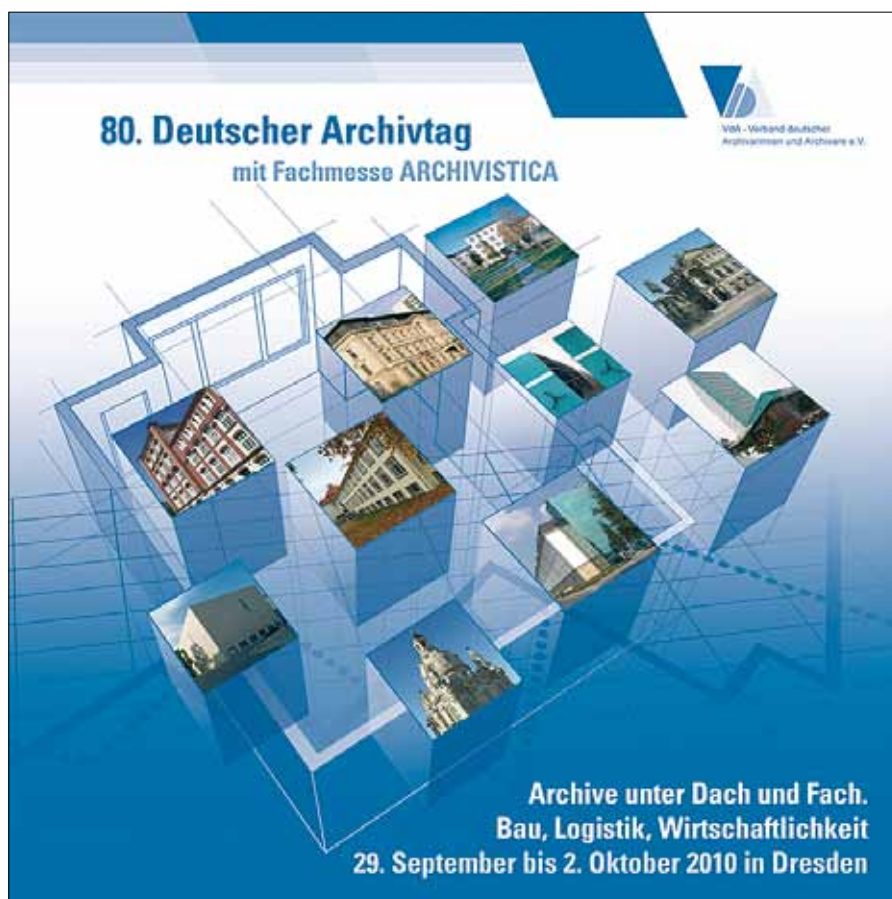
Der Relevanz des Tagungsthemas, von dem sich Archivarinnen und Archivare aller Archivsparten angesprochen fühlen konnten, aber auch der Attraktivität des Veranstaltungsortes mit seinem barocken Stadtbild und vielen Kunst- und Kultureinrichtungen ist es zu verdanken, dass weit über 800 Anmeldungen gezählt werden konnten. Der Vorsitzende des VdA, Dr. Michael Diefenbacher, erinnerte bei der offiziellen Eröffnung daran, dass der Deutsche Archivtag nach 1900 und

1994 zum dritten Mal in der Elbmetropole zu Gast sei, und dankte der Stadt Dresden wie dem Freistaat Sachsen für die großzügige Unterstützung und Förderung des Kongresses. In seinen Dank schloss er namentlich das Stadtarchiv unter der Leitung von Thomas Kübler und das Sächsische Staatsarchiv unter der Leitung von Dr. Jürgen Rainer Wolf ein. Diefenbacher verwies darauf, dass das Thema Archivbau in der Fachdiskussion schon seit längerem wieder Konjunktur habe, einmal in Anbetracht einer Reihe von archivistischen Neubauten und Adaptionen, die in den letzten Jahren entstanden sind bzw. deren Planung oder Bau gerade in Angriff genommen wurde, zum anderen aber auch angesichts der Frage nach den Auswirkungen, die der technische Wandel in der Archivbenutzung und ebenso veränderte Erwartungen, die die Öffentlichkeit im digitalen Zeitalter an Archive und Archivgebäude stellt, für die funktionale Gestaltung und Ausstattung von Archiven nach sich ziehen. Nicht zuletzt habe der Einsturz des Kölner Stadtarchivs am 3. März 2009 die

Belange der Archive, insbesondere ihre bauliche Unterbringung, auf dramatische Weise in das Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt und dem Leitthema des Archivtags, der sich damals bereits in der Planungsphase befand, eine zusätzliche Brisanz verliehen. Der Archivtag solle, wie Diefenbacher weiter ausführte, dem fachlichen Austausch über jüngste Entwicklungen und praktische Erfahrungen mit aktuellen Neubau- bzw. Umbauprojekten dienen und zudem zu grundsätzlichen Überlegungen zu u.a. folgenden Fragen anstoßen: Welche Anforderungen bestehen an Archivgebäude und ihre Ausstattung? Was ist bei der Planung und Durchführung aus archivfachlicher Sicht besonders zu beachten? Welche Rolle kommt den Archiven im digitalen Zeitalter zu? Vollzieht sich derzeit ein Funktionswandel, der für die Zukunft neue Strategien erfordert?

Das engere Fachprogramm begann mit einer gemeinsamen Arbeitssitzung, die sich mit „Wirtschaftlichkeit und Funktionen im Archivbau“ befasste. Neben Möglichkeiten der Reorganisierung und Optimierung archivistischer Betriebsabläufe wurde der neue Standort des Landeshauptarchivs Sachsen-Anhalt in der Brückstraße in Magdeburg (mit Magazinneubau, adaptiertem Kasernengebäude und modularen Erweiterungsmöglichkeiten) vorgestellt und ein Überblick über die Geschichte des Stadtarchivs Dresden, das seit 2000 in einem umgebauten Speicher der ehemaligen Königlich-Sächsischen Heeresbäckerei untergebracht ist, gegeben. In den sich anschließenden vier Sektionssitzungen bestand für die Tagungsteilnehmer Gelegenheit, sich je nach Bedarf und Interesse mit verschiedenen Schwerpunkten oder Facetten der Archivbauthematik auseinanderzusetzen. Gegenstand der Betrachtung waren dabei Rahmenbedingungen und Faktoren in Planungsprozessen, exemplarische Erfahrungen mit Adaptionen, Fragen der Ausstattung und Barrierefreiheit sowie Archivbauten im staats- und gesellschaftspolitischen Kontext ihrer Zeit.

Aufgegriffen wurde das Rahmenthema des Kongresses auch in den Sitzungen der acht Fachgruppen. Zur Sprache kamen etwa Beispiele für Neubauten und Adaptionen, Erfahrungen mit Umbaumaßnahmen und



Umzugslogistik, spezielle Anforderungen, die an AV-Magazine zu stellen sind, sowie Aspekte der Notfallplanung. Den thematischen Bezug zum Archivbau stellte außerdem die Sitzung des Arbeitskreises Archivpädagogik und Historische Bildungsarbeit her: Unter dem Titel „Mit Leben füllen. Erkundungstouren im Archiv“ wurden Hinweise für eine gelungene Präsentation, die sich aus psychologischer Sicht empfehlen, und Anregungen für die Einbeziehung von Gebäude, Raum und Ausstattung in Archivführungen gegeben.

Im Rahmen einer Informationsveranstaltung zur „Nationalen Bestandserhaltung“ wurde über die „Allianz zur Erhaltung des schriftlichen Kulturguts“ und deren Bemühungen um Mitteleinwerbung für den Originalerhalt historischer Bestände in den Archiven und Bibliotheken berichtet. Ein weiterer Vortrag informierte über den aktuellen Stand der Bergung und Restaurierung der vom Kölner Archiveinsturz betroffenen Archivalien, die provisorische Unterbringung von Benutzung und Verwaltung am Heumarkt sowie die Planungen für den Neubau, der bis 2014 am Eifelwall entstehen soll. Auch in einer weiteren gemeinsamen Arbeitssitzung, die mit dem Titel „Archive als historische Zentren“ überschrieben war, bildete das Schicksal des Historischen Archivs der Stadt Köln einen Themenschwerpunkt. Als Konsequenz aus dem Einsturz sind neue Strategien und Prioritäten mit dem Ziel geplant, das Archiv noch stärker zu öffnen und zum zentralen Ansprechpartner der Bürgerschaft in historischen Fragen werden zu lassen. Dieser Vision eines Kölner Bürgerarchivs mit all seinen Komponenten

wird der geplante Archivneubau in seiner räumlich-funktionalen Gestaltung Rechnung zu tragen haben.

Insgesamt haben die Veranstaltungen und Vorträge des Archivtags gezeigt, dass der Archivbau zwar ein traditionelles Thema darstellt, das durch seine handfeste Anschaulichkeit und praktische Bedeutung sich als „Dauerbrenner“ für Archivarinnen und Archivare aller Sparten erweist, zugleich aber auch einem fortschreitenden Wandel unterliegt. Dieser ist nicht nur bedingt etwa durch neue Erkenntnisse und Erfahrungen im Hinblick auf Lagerungs-, Konservierungs- und Sicherheitstechnik oder durch eine zunehmende Professionalisierung der Organisation von Prozessabläufen innerhalb der verschiedenen Funktionsbereiche, sondern vor allem auch durch die Auswirkungen der Erwartungen, die Forschung und interessierte Öffentlichkeit an die Archive als historische Kompetenzzentren stellen, sowie durch geänderte Benutzeransprüche im Zeitalter der Digitalisierung. Für das Archiv der Zukunft zeichnen sich im Ergebnis aber nicht nur baulich-konzeptionelle Konsequenzen aus den digitalen Benutzungsbedingungen ab, sondern ebenso ein funktionaler Wandel vom bloßen Leseort zum Erlebnisort.

Mit dem Deutschen Archivtag regelmäßig verbunden ist die Fachmesse ARCHIVISTICA. Mit 46 Anbietern präsentierte sich der Branchentreff, der nicht nur für die Kongressteilnehmer, sondern allgemein für die interessierte Öffentlichkeit zugänglich ist, wieder als die größte Messe ihrer Art in Europa. In speziellen

Ausstellerforen konnten sich die Tagungsteilnehmer über neue Entwicklungen sowie Produkte und Dienstleistungen zum Archivwesen informieren.

Traditioneller Bestandteil des Rahmenprogramms des Deutschen Archivtags sind die Führungen, von denen auch in Dresden wieder reger Gebrauch gemacht wurde. Neben Stadtrundgängen durch das historische Zentrum wurden Führungen durch den Magazinneubau des Hauptstaatsarchivs Dresden, durch das Stadtarchiv, das Archiv der Sächsischen Zeitung und der Morgenpost Sachsen, die Magazine der BStU-Außenstelle, durch das Universitätsarchiv, das Landeskirchenarchiv und das Hörfunk-, Fernseh- und Pressearchiv des Landesfunkhauses Sachsen angeboten. Die drei Studienfahrten am letzten Veranstaltungstag hatten u. a. das Bergarchiv Freiberg, den Archivverbund und das Diözesanarchiv Bautzen sowie das Archivzentrum in Schloss Hubertusburg (mit Zentralwerkstatt) in Wermisdorf zum Ziel.

Die Vorträge werden in einem Tagungsband zugänglich gemacht, der im Sommer 2011 als Band 15 der vom VdA herausgegebenen Reihe „Tagungsdokumentationen zum Deutschen Archivtag“ erscheinen wird. Ein ausführlicher Tagungsbericht (mit Einzelberichten der Fachgruppen) ist in der Zeitschrift „Archivar“ (1/2011) nachzulesen.

Maria Rita Sagstetter
(Staatsarchiv Amberg)

Karikaturen in drei Dimensionen

Im März vergangenen Jahres konnte das Staatsarchiv Leipzig einen außergewöhnlichen Nachlass übernehmen, der vornehmlich aus den künstlerischen Werken des Karikaturisten Gerhard Brinkmann besteht. Neben der Vielfalt der verschiedenen Gebiete, auf denen sich Brinkmann betätigte, ist auch die Tatsache bemerkenswert, dass es sich sowohl um zwei- als auch dreidimensionale Objekte handelt. Brinkmann machte sich vor allem im Westen Deutschlands einen Namen und so stellt sich die Frage, warum sein Nachlass den Weg ausgerechnet nach Leipzig fand.

Gerhard Brinkmann wurde am 19. August 1913 in Fockendorf bei Altenburg geboren. Sechs Jahre später zogen seine Eltern mit

ihm nach Leipzig, wo er zehn Jahre die Schule besuchte. Hier machte er auch seine ersten künstlerischen Versuche, und es entstand sein Markenzeichen G. Bri, das ihn sein ganzes Künstlerleben begleitete. In Leipzig legte er auch mit seinen Studien an der Akademie für Grafische Künste und Buchgewerbe den Grundstein für sein späteres Wirken. Im März 2010 schenkte die Tochter Brinkmanns den Nachlass ihres Vaters dem Staatsarchiv Leipzig und so kehrten seine Werke an die Stätte seiner Kindheit und Jugend zurück.

Von Leipzig ging Brinkmann 1932 nach Berlin und führte dort seine Studien fort. Ab Mitte der 30er Jahre arbeitete er erfolgreich als Pressezeichner für große Berliner Zeit-

schriften und Magazine, z.B. für die „Woche“, „Berliner Illustrierte“ und „Berliner Morgenpost“. Mit dem Kriegsbeginn und den dadurch veränderten Rahmenbedingungen erhielten seine Zeichnungen zunehmend politische Inhalte. 1940 erschien der Band „G. Bri sieht Groß-Britannien im Spiegel der politischen Karikatur“. Zwischen 1940 und 1942 betreute er u.a. die politischen Zeichnungen für die „Lachende Welt“ in Leipzig. Bei Kriegsende war Brinkmann einer der populärsten Pressezeichner Deutschlands. An diese Erfolge konnte er auch in der Folgezeit u.a. mit der bekannten Serienfigur „Papko“, einem stets unrasierten, unternehmenden Sachsen, der mit allem Ramsch handelte, anknüpfen. Zunehmend gelang es ihm, seine Zeichnungen in den neu-



Gerhard Brinkmann, Bunter Hund aus Bris Plastische Welt-Ausstellung, zwischen 1970 und 1980 (Sächsisches Staatsarchiv, Staatsarchiv Leipzig, 22206 Nachlass Gerhard Brinkmann, Nr. 54)

entstehenden großen Magazinen zu etablieren. In der „Revue“ erblickte seine Figur „Herbert“ das Licht der Welt, deren 100. Folge bereits nach zwei Jahren erschien. Auch in der „Revue“ erschien die Serie „Familie Engelmann“.

1953 zog Brinkmann mit seiner Familie nach Kanada. 1959 ging er für vier Jahre in die USA, 1963 in die Schweiz. 1965 zogen er und

seine Familie nach Bernau am Chiemsee, wo er bis zu seinem Tode 1990 lebte. Zurück in Deutschland intensivierte Brinkmann seine Arbeit für Zeitschriften, zu denen nun auch „Stern“, „Brigitte“, „Schöner Wohnen“, „Peter Moosleitners Magazin“, „Quick“, „Playboy“ und „Gong“ zählten. Serien wie „Alfred, der Straßenfeger“ (400 Folgen), „Frau Saubermann“ und „G. Bri fragt“ belegen seinen Er-

folg. Daneben illustrierte Brinkmann vor allem in den 80er Jahren zahlreiche Bücher. Seine Vielseitigkeit bewies Brinkmann auch mit seiner Tätigkeit als Werbegrafiker. Er arbeitete für renommierte Firmen, wie eine Uerdinger Weinbrennerei (Dujardin), Faber-Castell (Faber-Männchen), Asche AG (Lefax-Männchen), Dr. Oetker, Warsteiner Pils, Uhu, Lufthansa, Dresdner Bank und die Allianz AG. Sprüche wie „Und darauf einen Dujardin“ und „Im Falle eines Falles klebt Uhu wirklich alles“ sind untrennbar mit seinem Namen verbunden.

Einen besonders hervorzuhebenden Bereich seiner künstlerischen Tätigkeit bilden Brinkmanns dreidimensionale Objekte. Bereits nach Kriegsende hatte er sich in der Fertigung von Holzspielzeug versucht, das unter dem Namen „Keck-Spielzeug“ in Seiffen gefertigt und auch auf der Leipziger Messe ausgestellt wurde. In den 70er Jahren folgten Hampelmänner und Kinderuhren. Bekannt wurden auch seine Gartenzwerge sowie seine Spiel- und Werbefiguren, zu denen das Spukgesindel und der Zwergenstaat gehören. Unter dem Begriff „G. Bris PLASTISCHE WELT-Ausstellung“ zusammengefasst, schuf er ab den 70er Jahren dreidimensionale Karikaturen, mit denen er zahlreiche Ausstellungen bestückte. Für die 750-Jahr-Feier Berlins fertigte Brinkmann im Auftrag des Senats kleinformatige Rummelparkbuden mit Bezeichnungen, wie „Wild Billy“, „Astro-Lilly“, „Herkules“ u. a.

Dieses umfangreiche und sehr vielfältige künstlerische Schaffen Brinkmanns spiegelt sein Nachlass wider. Der Bestand beinhaltet 124 dreidimensionale Objekte, 451 Originalzeichnungen und 142 Entwürfe sowie 9 Plakate. Hinzu kommen eigene Publikationen bzw. von ihm illustrierte Bücher anderer Autoren. Biografische Unterlagen sowie Korrespondenz existieren leider nur fragmentarisch.

Das Staatsarchiv Leipzig widmet dem künstlerischen Werk Brinkmanns in diesem Jahr eine eigene Ausstellung, die es mit ausgewählten Exemplaren aus seinem Nachlass in seiner ganzen Breite präsentieren wird. Die Spanne reicht dabei von ersten Zeichnungen aus der Kinderzeit über Serienfiguren wie „Alfred den Straßenkehrer“ hin zu Buchillustrationen, Kinderspielzeug, Werbefiguren, dreidimensionalen Karikaturen u. v. a. m.



Gerhard Brinkmann, Der Idiot aus Bris Plastische Welt-Ausstellung, 1970–1972
(Sächsisches Staatsarchiv, Staatsarchiv Leipzig, 22206 Nachlass Gerhard Brinkmann, Nr. 14)

Volker Jäger
(Staatsarchiv Leipzig)

Archiv des Leibniz-Instituts für Länderkunde erschließt historische Fotografien aus Ecuador – Kooperationsprojekt mit Stiftung aus Quito

Im Archiv des Leibniz-Instituts für Länderkunde (IfL) in Leipzig befinden sich etwa 300.000 Bilddokumente aus aller Welt. Von besonderem Wert sind dabei die historischen Fotografien aus Ländern der Dritten Welt, wo man diese Bilder als Teil des kulturellen Erbes betrachtet. Nachdem am IfL bereits vor einigen Jahren ein ähnliches Projekt mit einem brasilianischen Kulturinstitut durchgeführt worden war, läuft momentan ein Kooperationsprojekt zwischen dem IfL und der in Quito/Ecuador ansässigen Stiftung FONSAL (Fondo de Salvamento del Patrimonio Cultural de Quito). Ziel des Vorhabens ist es, die rund 1.500 historischen Fotografien aus Ecuador zu digitalisieren und formal und inhaltlich zu erschließen. Das Spektrum der Motive reicht von Naturlandschaften der andinen Hochgebirgsregionen und Siedlungen bis zu Portraits der verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Die Bilder stammen aus den im IfL-Archiv aufbewahrten Nachlässen des Geologen Alphons Stübel (1835–1904) und des Geographen, Verlegers und Kilimandscharo-Erstbesteigers Hans Meyer (1858–1929).

Stübel und sein Geologenkollege Wilhelm Reiß waren 1868 aufgebrochen, um den Vulkanismus auf Hawaii zu studieren, aber die Forscher kamen dort nie an: Aus einem kurzen Abstecher zu den Vulkanriesen der nördlichen Anden wurde einer der längsten und wissenschaftlich ergiebigsten Aufenthalte in der Erforschungsgeschichte Südamerikas. Bei seiner Rückkehr 1877 bestand Stübels Reisegepäck aus zweihundert Kisten voller Material, darunter Bücher, Karten, Gemälde, Fotografien und Gesteinsproben. Viele der Stücke gelangten als Exponate in die Vitrinen des Museums für vergleichende Länderkunde, das 1896 im Leipziger Grassmuseum eröffnet wurde – und aus dem über viele Zwischenstationen das heutige Leibniz-Institut für Länderkunde hervorging. Stübel trug systematisch in Südamerika zahlreiche Fotografien von Ateliers zusammen. Diese Fotografien sollten dazu dienen, dem europäischen Publikum ein möglichst authentisches Bild von Land und Leuten zu vermitteln. Er dokumentierte die wichtigsten Landschaftsräume und Städte des Landes; vor allem aber lag ihm daran, die hierarchisch gegliederte gesellschaftliche Struktur Ecuadors zu veranschaulichen. In seiner Sammlung befinden sich daher zahlreiche Porträt-Fotografien der unterschiedlichen Sozial- und Bevöl-



Wasserträger in Quito, Fotograf unbekannt, 1879 (Leibniz-Institut für Länderkunde, Archiv, Collection Alphons Stübel, SAm 099-0040)

kerungsgruppen, angefangen von den indigenen Volksgruppen, den (ehemaligen) afrikanischen Sklaven und den „Mischrassen“ bis hin zu den führenden Vertretern des Adels europäischer Herkunft. Im Unterschied zu Stübel war Hans Meyer selbst begeisterter Fotograf. Der Geograph und Mitinhaber des Verlags Bibliographisches Institut hatte sich drei Jahrzehnte nach Stübel und Reiß 1903 nach Südamerika aufgemacht. Wie für seine Vorgänger stand auch für ihn die naturwissenschaftliche Erforschung des Gebirges im Vordergrund. In seiner Fotosammlung spiegeln sich diese Interessen noch stärker als bei Stübel; auf ethnographische und anthropologische Porträts verzichtete Meyer ganz. Neben Siedlungsaufnahmen nehmen die Naturlandschaften der Anden breiten Raum ein. Aufnahmen von der innerandinen Hochebene, Panoramen von den Gebirgszügen der Kordilleren, Nahaufnahmen von vulkanischen und glazialen Formen stehen im Mittelpunkt der Meyerschen Sammlung. Daneben kauf-

te er von anderen Forschern und Fotografen Aufnahmen, um seine Sammlung abzurunden. Sein besonderes Interesse am Eisenbahnbau zeigt sich zum Beispiel an Fotografien vom technisch äußerst aufwändigen Bau der Bahnstrecke Guayaquil–Quito, die er vom Amerikaner John Horgan erwarb.

Die beiden Forscher Stübel und Meyer verband nicht nur ein ähnliches Interesse an der Gebirgsforschung, beiden lag auch daran, die Landschaften künstlerisch zu erfassen. Hatte Stübel hierzu den Ecuadorianer Rafael Troya zum Maler ausgebildet, nahm Meyer den Münchner Künstler Rudolf Reschreiter mit auf seine Expedition. Leider sind fast alle Gemälde, die die Forscher zu diesem Zweck anfertigen ließen, im Zweiten Weltkrieg verloren gegangen. Die Zeit unbeschadet überstanden haben die Fotosammlungen, darunter die Aufnahmen aus Ecuador.

Dieser „Schatz“ wird jetzt gehoben. In Quito sollen die Bilder der Forschung zur Verfügung gestellt, eventuell aber auch in einem Museum der Öffentlichkeit präsentiert werden. Durch die Einbindung der Fotos in den Online-Katalog des IfL können die Bilddokumente auch im Internet recherchiert werden.

Unter <http://katalog.ifl-leipzig.de> sind schon jetzt zahlreiche der Bilder einsehbar (Dokumentart: „Fotos“/Suchbegriff: „Ecuador“).

Heinz Peter Brogiato
(Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig)



Blick auf Quito, Fotograf unbekannt, ca. 1903 (Leibniz-Institut für Länderkunde, Archiv, Sammlung Hans Meyer, SAm 102-0174)

Erschließung der Gemeindebestände Lindenau und Oberlößnitz im Stadtarchiv Radebeul

Die heutige Stadt Radebeul entstand aus zehn Ortschaften, die alle mit Erlass der Landgemeindeordnung von 1838 selbstständige Landgemeinden geworden waren. Im Zuge der Industrialisierung der Lößnitz und der stetig wachsenden Bevölkerungszahl wurden die Gemeinden seit 1876 sukzessive nach Radebeul bzw. Kötzschenbroda eingemeindet. 1935 schließlich wurden beide Orte, inzwischens Städte, vereinigt.

Das Stadtarchiv Radebeul wurde 1960 gegründet und verwahrt die amtliche Überlieferung aller zehn Gemeinden. Über Vorläufer des Archivs und die Wege der Bestände ins heutige Stadtarchiv ist sehr wenig bekannt. Kriegsverluste hat es kaum gegeben. Bereits 1958 war mit Paul Brull, einem pensionierten Lehrer und verdienten Heimatforscher, der erste hauptamtliche Stadtarchivar Radebeuls angestellt worden. In den fruhren 1960er Jahren erarbeitete Brull ein so genanntes Findbuch, in welchem er alle Gemeindebestände plus den der fusionierten Stadt Radebeul vor 1945 mit fortlaufender Signierung, Aktentitel und

Laufzeit erfasste. Auf dieses umfangreiche Findmittel wird heute noch häufig zurückgegriffen, trotz seiner unübersehbaren Schwächen. Brull löste nämlich die Registraturstruktur auf und klassifizierte nach einheitlichen Sachbetreffen, verzichtete auf Enthält- und Darin-Vermerke, vermerkte die umfangreichen Vorprovenienzen (v. a. Amtshauptmannschaft Dresden und Amt Dresden) nicht, verwischte das Provenienzprinzip, indem er die Bestände nach den Ortsgrenzen von vor 1905 abgrenzte, und reicherte die Überlieferung mit Sammlungsgut an. Zudem kassierte Brull eine ganze Reihe Akten aus unbekanntem Grund nach. Diese Brullsche Bestandestruktur besteht bis heute; die einzelnen Bestände wachsen aufgrund von Abgaben aus dem Bauaktenarchiv sogar noch an.

Brulls Nachfolgerin Liselotte Schließer versuchte, die Erschließung zu verbessern, indem sie Akten auf Nachfrage tiefer verzeichnete und darüber eine separate Findkartei anlegte. Die heutige Archivleiterin Annette Karnatz begann 1991, die einzelnen Gemeindebestände

unter Beibehaltung der vorhandenen Bestandestruktur nacheinander sukzessive tiefer zu erschließen. Den Start machte sie selbst noch vor ihrem Amtsantritt mit der Überlieferung der Gemeinde Naundorf, welche seinerzeit Teil ihrer Abschlussarbeit an der Fachschule für Archivwesen in Potsdam war. Im Jahr 2010 wurden nun die Gemeindebestände Lindenau und Oberlößnitz durch den Unterzeichneten während des Schlusspraktikums des Vorbereitungsdiensntes für den gehobenen Archivdienst vertieft erschlossen.

Lindenau ist ein Gassendorf, welches in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts gegründet und 1287 erstmals urkundlich erwähnt wurde. Lehnsherren waren die Burggrafen zu Dohna, die Herren von Miltitz auf Scharfenberg und zeitweise die Leipziger Patrizierfamilie Blabalg. Der Anteil der Burggrafen ging bereits 1304 in landesherrlichen Besitz über, während die Grundherrschaft der Scharfenberger bis 1839/55 andauerte. Der landesherrliche Teil wurde seit 1547 vom Amt Dresden verwaltet. 1839 wurde Lindenau selbstständige Land-



Gaststätte Grundschanke, um 1911 (Stadtarchiv Radebeul, P-Postkarten, OL 130)

gemeinde, bis es nach jahrelangen Verhandlungen 1920 nach Kötzschenbroda eingemeindet wurde. Der Ort, noch heute von Handels- und Verkehrswegen entlegen, war bis weit ins 20. Jahrhundert nahezu ausschließlich von der Land- und Forstwirtschaft geprägt. Die schriftliche Überlieferung der Gemeinde reicht bis in das Jahr 1788 zurück, hat ihren Schwerpunkt jedoch erst in der Zeit zwischen 1880 und 1920. Sie umfasst 59 Verzeichnungseinheiten oder 0,5 laufende Meter Archivgut. Herausragende Zimelie ist das Gemeinde-Buch, worin sämtliche Wahlen zum Gemeinderat sowie seine Sitzungen und Beschlüsse von 1839 bis 1890 protokolliert sind. Insgesamt kann die Überlieferung nur als relativ dünn eingeschätzt werden.

Gegenteiliges kann über Oberlößnitz berichtet werden, nicht nur über den Bestand, sondern auch über die Ortsgeschichte. Oberlößnitz bestand bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts im Wesentlichen aus mehreren größeren Weingütern (u. a. Hoflößnitz, Meinholdsches Weingut), deren Besitzer sich 1839 zu einer Landgemeinde zusammengeschlossen hatten. Im Laufe der Jahrzehnte wandelte sich der Ort von einem Weinbau- zu einem Kurort, was durch die gezielte Förderung der Villenbebauung beschleunigt wurde und sein Ende mit der Reblauskatastrophe in den 1880er Jahren fand, als sämtliche Weinstöcke gerodet werden mussten. Erst seit Beginn des 20. Jahrhunderts gab es Bemühungen um die Revitalisierung des Weinbaus. In der Zwischenzeit hatten sich mehrere Kuranstalten in Oberlößnitz angesiedelt, wie z. B. das Kurhaus Wettin oder das Sanatorium des Naturheilkundepioniers Eduard Bilz. Von der Jahrhundertwende an bis zur Eingemeindung nach Radebeul 1934 führte die Gemeinde die Bezeichnung Kurort.

Der Bestand umfasst 510 Verzeichnungszeiten aus der Zeit nach 1749, mit Schwerpunkt nach 1880; er widerspiegelt die Tätigkeit der Gemeindeverwaltung und das Wachsen des Ortes. Durch die Gemeinderatsprotokolle sind politische Entscheidungen nachvollziehbar. Einen Schwerpunkt bildet die Überlieferung des Straßen- und Häuserbaus nicht nur mit Akten, sondern auch mit zahlreichen Plänen, Grund- und Aufrissen. Sie bezeugt die städtebauliche Entwicklung der Gemeinde und ihrer Architektur. Der Bestand dokumentiert ferner das stetige Wachstum, die Entwicklung des Ortes und der Gesellschaft in zahlreichen Facetten – den Siedlungsbau, die Verbesserung der Infrastruktur (Kanalisation, Straßen- und Eisenbahn), die Zurückdrängung des Weinbaus, den Wandel zum Ausflugs- und Kurort, die wachsende Bevölkerungszahl usw.



Oberlößnitz mit Grundschanke, um 1900 (Stadtarchiv Radebeul, P-Postkarten, OL 193)



Königsplatz (Kreuzung Eduard-Bilz-Str./Augustusweg), um 1905 (Stadtarchiv Radebeul, P-Postkarten, OL 179)

Gleiches gilt für die Krise nach dem Ersten Weltkrieg. Der Niedergang der Wirtschaft, die Wohnungsnot und die massiven Finanzprobleme einer Kommune können ebenso nachvollzogen werden. Zugleich überliefert der Bestand auch den Wandel des politischen Gemeindelebens ausgehend von der noch sehr von Besitz und Obrigkeit geprägten Landgemeindeordnung von 1838, über die Revolution von 1918/19 und eine republikanisch-demokratischen Gemeindeverfassung bis hin zur nationalsozialistischen Gleichschaltung.

Bis heute ist die Erforschung der Oberlößnitzer Ortsgeschichte ein Desiderat geblieben, abgesehen von zahlreichen Abhandlungen der regen Radebeuler Heimatforschung zu

einzelnen Weingütern, Villen, Gaststätten und Heilanstalten. Nicht nur für die Architektur, sondern auch für die sächsische Sozial- und Verwaltungsgeschichtsforschung dürfte der Bestand interessant sein. Die Findbücher zu beiden Beständen sind im Stadtarchiv Radebeul einsehbar und sollen im Zuge der Überarbeitung der Archivhomepage online gestellt werden.

Sven Woelke
(Sächsischer Landtag, Parlamentsarchiv)

Übergabe des Nachlasses des Architekten Kunz Nierade an das Stadtarchiv Leipzig



Stephan Nierade (links) erklärt Dr. Christian Aegerter, Leiter des Hauptamtes der Stadt Leipzig, einen Entwurf seines Vaters für den Neubau der Leipziger Oper (Foto Heike Gärtner)

Das Stadtarchiv Leipzig sichert die archiwwürdigen Unterlagen, die im Ergebnis der Verwaltungstätigkeit bei den städtischen Ämtern, Einrichtungen, Eigenbetrieben und Mehrheitsbeteiligungen der Stadt entstehen und bewahrt diese für die Nachwelt auf. Daneben hat das Stadtarchiv aber auch die Aufgabe, die Vielfalt des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens in der Stadt für die Nachwelt zu dokumentieren. Um das zu erreichen, übernimmt das Archiv den schriftlichen Niederschlag aus der Tätigkeit von Vereinen und Initiativen, Privatpersonen, Familien oder Firmen. Die kommunale Überlieferung wird somit ergänzt und vervollständigt.

Der Nachlass des Architekten Kunz Nierade (1901–1976) ist aus verschiedenen Gründen besonders bedeutsam für die Architektur- und Stadtgeschichte. Zum einen sind kaum Nachlässe von Privatarchitekten in Leipzig überliefert, so dass sich deren Schaffen und das private Bauen allgemein nur sehr schwer nachvollziehen lassen. Hier verspricht der Nachlass weiteren Aufschluss über die vielfältige Tätigkeit eines freischaffenden Architekten. Hinzu kommt, dass zwischen 1945 und

1989 das kollektive Planen und Entwerfen im Vordergrund stand, der Einzelne hinter der Gesamtleistung zurücktrat und in der Öffentlichkeit nur das Gesamtergebnis wahrgenommen wurde. Durch die Unterlagen des Nachlasses wird es möglich, den Beitrag des Einzelnen wieder erkennbar werden zu lassen, seinen Anteil an der Kollektivleistung und am Ergebnis aufzuzeigen. So können Kunz Nierade konkrete Entwürfe zugeschrieben, Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten festgestellt werden.

Da zu einigen Projekten verschiedene Skizzen und Entwürfe vorhanden sind, können die Entstehungsstufen bis zum Endergebnis nachvollzogen werden. Dies ist bei den kommunalen Bauprojekten oftmals nicht möglich, da nur die realisierten Entwürfe auf uns gekommen sind. Die Unterlagen des Nachlasses zur Deutschen Hochschule für Körperkultur und Sport (DHfK) und zur Leipziger Oper ergänzen auf hervorragende Weise die kommunale Überlieferung, die zum großen Teil auf dem Schriftverkehr zwischen den zentralen Behörden und Einrichtungen und den Abteilungen der Stadtverwaltung beruht.

Auf der anderen Seite muss die architektonische Leistung des Architekten Kunz Nierade selbst hervorgehoben werden. Der Nachlass Kunz Nierade besteht aus schriftlichen Aufzeichnungen aus seiner beruflichen Tätigkeit, ca. 1.000 Plänen und Entwürfen zu verschiedenen Bauprojekten, Materialsammlungen, Fotos und Dias sowie künstlerischen Studien und Zeichnungen. Zeitlich erstreckt er sich von 1941 bis 1976. Der Nachlass ist grob sortiert und wird nun durch das Stadtarchiv erschlossen, wobei jedes einzelne Stück mit seinen Merkmalen in eine Datenbank aufgenommen und beschrieben wird. Parallel dazu werden noch einige Recherchen zur Biografie und zum Werk erfolgen. Die Ergebnisse der Verzeichnungsarbeiten und Nachforschungen werden in einem Findbuch zusammengestellt, welches nach Abschluss der Arbeiten im Lesesaal einsehbar sein wird. Der Nachlass wird somit öffentlich zugänglich und für Interessierte und Wissenschaftler gleichermaßen nutzbar. Der Familie Nierade ist dafür zu danken, dass sie dies mit ihrer Schenkung an das Stadtarchiv ermöglicht und somit die Unterlagen der Nachwelt langfristig sichert.

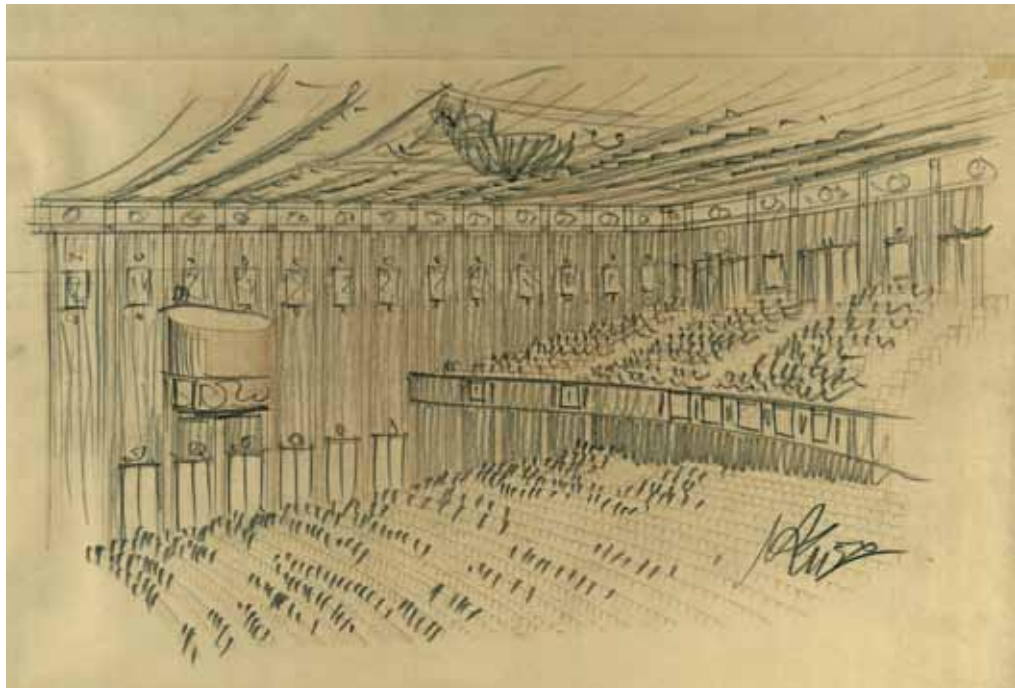
Kunz Nierade wurde am 7. November 1901 in Wohlau/Schlesien als Sohn eines Gerichtsssekretärs geboren. Seine Kindheit verbrachte er in Waldenburg/Schlesien. Dort besuchte er von 1911 bis 1921 das Humanistische Gymnasium und begann eine Maurerlehre. Von 1921 bis 1925 absolvierte er ein Studium an der Staatlichen Gewerbeakademie Chemnitz. Nach dem Abschluss sammelte er erste Erfahrungen in verschiedenen Architekturbüros in Chemnitz, beim Magistrat der Stadt Waldenburg und bei Regierungsbaumeister August Siedentop in Braunschweig. 1931 zog Nierade nach Leipzig und nahm eine Tätigkeit im Hochbauamt der Stadt, bei Stadtbaurat Hubert Ritter auf, bevor er dann ab 1933 als freischaffender Architekt arbeitete. Sein erster großer Auftrag war die Organisation und Projektierung der vorstädtischen Kleinsiedlung Portitz, für die er bis 1941 Entwürfe anfertigte. 1941 erhielt Nierade eine Zulassung durch den Arbeitskreis für Baugestaltung und Baupflege in Posen im besetzten polnischen Gebiet und war bis Ende 1944 als Projektant für Behörden und private Auftraggeber in Kalisch und Litzmannstadt tätig. Er entwarf u. a. ein Krankenhaus für Augenkrankheiten,

ein Hallenschwimmbad und baute das ehemalige Kloster in Kalisch zu einem Krankenhaus um.

Ende 1944 kehrte Nierade mit seiner Familie nach Leipzig zurück. Im Auftrag der Stadt war er als Einsatzleiter für die bauliche Instandsetzung der luftkriegsgeschädigten Bauten des zivilen Sektors zuständig. Die Verantwortung für die Erfassung und Projektierung der zerstörten Gebäude behielt er bis 1947. In den ersten Nachkriegsjahren übernahm Nierade vor allem kleinere Projekte. In Cottbus plante er verschiedene Ausstellungsbauten und fertigte Entwürfe für den Wiederaufbau der Innenstadt an. Auch beteiligte er sich an den zahlreich ausgeschriebenen Wettbewerben, aus denen er erfolgreich hervorging. So wurde sein Entwurf für den Neubau eines Institutsgebäudes der Universität Jena 1946 gelobt, sein Entwurf für die Gestaltung der Bachgrabstätte in der Thomaskirche erhielt 1948 den ersten Preis und wurde zwei Jahre später realisiert. 1950 bewarb Nierade sich beim Institut für Städtebau und Hochbau in Berlin und wurde in die Meisterwerkstatt II, die Hanns Hopp (1890–1970) leitete, aufgenommen. Gemeinsam mit Hopp beteiligte er sich am Wettbewerb für die Deutsche Hochschule für Körperkultur und Sport (DHFk) in Leipzig. Beiden wurde der erste Preis zuerkannt und die DHfK wurde unter ihrer Leitung in mehreren Bauabschnitten bis 1958 realisiert, wobei Kunz Nierade ab 1954 die Arbeiten vor Ort leitete und überwachte. 1954 erhielt Nierade gemeinsam mit dem Theaterbauspezialisten Kurt Hemmerling (1898–1978) den Auftrag zur Erarbeitung eines Vorprojekts für die Leipziger Oper. Es wurde im Herbst 1955 der Öffentlichkeit vorgestellt und nach einer Überarbeitung zwischen 1956 und 1960 umgesetzt. Der erste Theaterneubau der DDR wurde am 8. Oktober 1960 mit einem Festakt eingeweiht.

Während Kunz Nierade in den Jahren ab 1950 oft zwischen Berlin und Leipzig gependelt war, verlegte er 1960 seinen Wohnsitz ganz nach Berlin. Zu seinen Berliner Projekten gehörten das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten am Marx-Engels-Platz und der Umbau der Komischen Oper 1964 bis 1966. Für den Aufbau des Potsdamer Stadtzentrums übernahm er 1967 die städtebauliche und architektonische Beratung des Oberbürgermeisters. Kunz Nierade verstarb am 2. Dezember 1976 in Berlin.

Erste Planungen zum Wiederaufbau des Neuen Theaters datieren aus dem Jahr 1947. Das Neue Theater war von 1864 bis 1867 durch Carl Ferdinand Langhans (1782–1869) errichtet worden. Es wurde bei dem Luftangriff auf



Kunz Nierade, Entwurf für den Zuschauerraum der Leipziger Oper, 30.07.1957 (Stadtarchiv Leipzig)



Kunz Nierade, Entwurf einer Lampe für die Leipziger Oper, 04.06.1959 (Stadtarchiv Leipzig)

Leipzig in der Nacht vom 3. zum 4. Dezember 1943 zerstört. Ende 1949 entschied man sich im Ministerium für Aufbau in Berlin dafür, die durchaus gut erhaltene Ruine des Neuen Theaters abzurechen und durch einen wesentlich größeren Opernbau als „Ausdruck der demokratischen Neuordnung unserer Gesellschaft“ zu ersetzen. Zwischen März 1950 und 1954 fanden mehrere Wettbewerbe und Projektierungen statt, die jedoch alle in der Architektur und Raumgestaltung nicht befriedigten und den Traditionen des Leipziger Theaterbaus gerecht wurden. Im Mai 1954 erhielt Kunz Nierade gemeinsam mit dem Berliner Theaterbauspezialisten Kurt Hemmerling

den Auftrag zur Erarbeitung eines zweiten Vorprojekts. Es wurde im Herbst 1955 der Öffentlichkeit präsentiert und nach weiteren Bearbeitungsstufen im Juni 1956 als Ausführungsentwurf fertiggestellt. Im Januar 1956 wurde mit dem Bau begonnen, am 20. Dezember 1958 feierte man Richtfest, am 8. Oktober 1960 wurde die neue Oper mit einem Festakt eingeweiht und am 9. Oktober mit der Aufführung von Richard Wagners „Die Meistersinger von Nürnberg“ eröffnet. Hans Hopp beschrieb 1961 das Haus folgendermaßen: „Das Opernhaus ist in seiner äußeren Erscheinung das Werk einer Übergangsepoche, ein Kompromiß zwischen historisierender Struktur und einer von der Konstruktion unabhängigen Haut. Ein Kompromiß deswegen, weil die Struktur zu schwächlich ausgefallen ist, die Haut dagegen zu viele Details aufweist. Diese Auffassung wird bestätigt durch die unterschiedliche Wirkung des Hauses bei Tage und bei Nacht. Bei Tage vermißt man eine kräftige Schattenbildung der einzelnen Glieder. Aber bei Nacht, wenn alle Fenster erleuchtet und die Außenflächen angestrahlt sind, ist die große Baumasse von einer lichten, geradezu transparenten Haut umkleidet, und das Haus erscheint als ein strahlender Palast, ein festlicher Mittelpunkt der Stadt, im Gegensatz zu der etwas nüchternen Wirkung bei Tage.“

Anett Müller
(Stadtarchiv Leipzig)

Von der Privat-Heil- und Pflegeanstalt für Geisteskranke Thonberg zur staatlichen Heilanstalt Thonberg – Quellen zur mitteldeutschen Psychiatriegeschichte im Stadtarchiv Leipzig

Der kürzlich im Stadtarchiv Leipzig bearbeitete Bestand Heilanstalt Thonberg birgt aussagekräftige Inhalte zur mitteldeutschen Psychiatriegeschichte. Die schriftliche und bildliche Überlieferung, die rund 10 lfm Akten umfasst, enthält eindrucksvolle Zeugnisse der psychiatrischen Institutionengeschichte, der fachspezifischen Entwicklung sowie einzelner Patientenschicksale. Aus den zum Großteil inhaltlich korrespondierenden Sach- und Einzelakten sind für den Zeitraum von 1836 bis 1920 interessante Aspekte und Tendenzen der psychiatriehistorischen Entwicklung nachvollziehbar, die weit über eine rein stadthistorische Relevanz hinausreichen. Inhalte zur Verwaltung, zu Baulichem, zu Personal und Patienten der Heilanstalt liefern zudem Akten weiterer Bestände des Stadtarchivs, so z. B. Kap. 37 Nr. 501–517. Außerdem umfassen die im Bestand 20051 Heil- und Pflegeanstalt Leipzig-Dösen im Sächsischen Staatsarchiv Leipzig überlieferten Akten der Heilanstalt Thonberg hauptsächlich Verwaltungs- und Personalunterlagen aus dem Zeitraum 1918 bis 1920, in dem die ehemalige Privatanstalt Thonberg in staatliche Regie übergegangen war.

An dieser Stelle soll die über 80-jährige Entwicklungsgeschichte des Bestandsbildners von einer Privat-Heil- und Pflegeanstalt für Geisteskranke zur staatlichen Heilanstalt aufgezeigt werden. Die überlieferten Quellen bieten hierzu zahlreiche und bisher von der Forschung z. T. noch nicht beleuchtete Details. Die Vorgeschichte der Heilanstalt Thonberg beginnt im damaligen Dorf Möckern bei Leipzig: Auf einem von der „Ökonomischen Gesellschaft zu Leipzig“ angemieteten Gelände eröffnete der bis 1850 als Leipziger Stadt- und Gerichtsarzt wirkende Dr. Eduard Wilhelm Güntz eine „Privat-Heil- und Verpflegungsanstalt für Gemütskranke“. Für den Anstaltsgründer war dieser Standort von Beginn an ein Provisorium; er verfolgte vielmehr den Erwerb eines eigenen Areals für den Neubau einer „Privat-Irrenheil- und Verpflegungs-Anstalt“ auf städtischem Grund und Boden. Beim Rat der Stadt Leipzig bat er daher um die käufliche Überlassung von Gelände auf der äußersten Grenze des Thonberg-Vorwerks gegen Stötteritz. Dieser Bitte wurde gegen eine jährliche Pacht stattgegeben und im

I 1506

Nr	Datum der Aufnahme	N A M E	Alter	Heimath	Stand
1778	1893 4. Januar	Poppmüller, Luise Adele Emma	21. Nov. 1821 21 Jahre	Halle a. S.	Sanität-raths Erstler
1779	8. -	Richter, Mathilde Emilie geb. Grüne	12. Apr. 1850 22	Leipzig (Wostkau)	Prof. u. Berthol. von Analtgen auf dem St. anf. 10. X. 24. 1810.
1780	10. -	Schröder, Mathieu Leopold	10. Sept. 1813 29	Halle	Director a. d. W. Städt. Krankenh. anf. 1845 - - -
1781	17. -	von Nissemilch - Könnig, Pau- line Charlotte	23. Jan. 1858 29	Leipzig (Dresden)	Abschließend Erstler
1782	21. -	Lauprecht, Mathilde Eleonore geb. Mehl	19. Juni 1850 22	Leipzig (Hainberg: 5)	Professor a. d. Univ. auf Halle anf. 16. IV. 86.
1783	30. -	Lindner, Ernst Constantine	14. Oct. 1834 28	Wilsdorf, Gorkau (Lehrtrier)	Waconer anf. 1820 i. Gorkau
1784	11. Februar	Lehmann, Paul Thedor Herm.	6. Oct. 1832 20	Leipzig (Bismarck)	Rechner anf. 1811 in Gorkau auf
1785	16. -	Müller, Moritz Alfred (i. d. Marnsdorf)	28. Mai 1819 25	Leipzig (Zschornberg)	Thierheuer
1786	1. April	Mantel, Lina geb. Bartsch	11. März 1850 29	Leipzig	Thierheuer anf. 1811 in Gorkau
1787	9. -	Leide, Carl Bauer Ernst	24. Oct. 1853 29	London (Leipzig)	Müßelinspater anf. 1811 in Gorkau
1788	14. -	Puckmann, Franz Paul	18. Oct. 1857 35	Plauen (Auerbach)	Schrotter anf. anf.
1789	16. -	Leyner, Emma geb. Jorath i. d. Nr. 1737	17. März 1858 28	Mortküssen (Mortküssen)	Arztgehilfe anf. 1818.

Auszug aus dem Hauptjournal der Heilanstalt Thonberg II., 1893–1920

Herbst 1838 begann die Bebauung des Areals. Die Gewährung eines größeren Kapitals durch den Leipziger Rat und die Stadtverordneten sowie Vorschüsse einer ehemaligen Patientin und Familienangehöriger förderten das rasche Voranschreiten der Bauarbeiten. Im Jahr 1839 wurden die Gebäude auf dem Thonberg ihrer Nutzung übergeben. Mit der Neugründung der Privat-Heil- und Pflege-

anstalt für Geisteskranke Thonberg und dem Umzug des Personals aus Möckern schloss die dortige Anstalt. Die neue „Güntzsche Heilanstalt“ erfuhr an ihrem nunmehrigen Standort, wie schon zuvor in Möckern, eine kontinuierliche Auslastung. Ein Aufenthalt war, wie aus den Akten ersichtlich wird, durch einen vierteljährlich zu zahlenden Pensionsatz zu begleichen.

In Anpassung an die Bedürfnisse der Patienten wurden in den Folgejahren mehrere Um-, Aus- und Neubauten der Heilanstalt Thonberg durchgeführt. 1849/50 erfolgte der Ankauf von zwei Landgütern im Pfarrdorf Probstheida, die mit zur Versorgung der Anstalt dienten und ausgewählten Kranken Beschäftigung boten. Im Jahr 1856 vergrößerte sich das Areal der Heilanstalt durch den Zukauf des angrenzenden Grundstücks der ehemaligen Kaltwasserheilstalt „Mariabrunn“ beträchtlich. Wie die Quellen berichten, war die Anstalt in den 1860er Jahren mit ca. 40 Patienten gut ausgelastet. Über 60% der Patienten wurden zum Zeitpunkt ihrer Entlassung als geheilt bzw. gebessert eingestuft. Mit diesen Kennziffern übergab Eduard Wilhelm Güntz die Heilanstalt Thonberg 1863 an seinen Schwiegersohn Dr. Justus Maximilian Theobald Güntz, der sie bis zum 1. Oktober 1888 als Privatanstalt leitete.

Am 1. Oktober 1888 wurde die Heilanstalt Thonberg vom Johannishospital der Stadt Leipzig käuflich erworben und in städtischer Regie weitergeführt. Ihre Leitung übernahm nun der Hofrat Dr. Julius Lochner, dessen gedruckte Ausführungen zur Geschichte der Heilanstalt eine Verzeichnungseinheit des Sachaktenbestandes Heilanstalt Thonberg bilden. Zu diesem Zeitpunkt bot die Anstalt eine Kapazität für „60 Geistes- und Nervenranke der höheren Stände“. Zur Aufrechterhaltung des Betriebes standen 50 Angestellte zur Verfügung. In der Amtszeit Lochners wurde auf größere Instandsetzungen und Verbesserungen der räumlichen und hygienischen Kapazitäten der Heilanstalt weitestgehend verzichtet, da sie einen gewissen Finanzaufwand bedurft hätten. Aufgrund der sich mehrenden Missstände wurde sogar kurzfristig die Schließung der Anstalt ins Auge gefasst.

Nach dem Tod Dr. Lochners ging 1914 die Leitung der Heilanstalt an seinen langjährigen Assistenzarzt Dr. Knopf über, der anbot, die Anstalt pachtweise auf eigene Rechnung zu übernehmen und eingetretene Missstände zu beseitigen. Der Plan kam jedoch nicht zur Durchführung, weil Knopf die Ausführung der seit Ende 1913 vom Staate geplanten Errichtung einer Pensionsabteilung bei der Landesanstalt Dösen fürchtete, wenn der Stadtrat und das Johannishospital sich entschlossen, die Anstalt Thonberg aufzugeben, wie es das Königlich Sächsische Ministerium des Innern in einem Schreiben an den Oberbürgermeister vom 1. Januar 1913 forderte. Knopfs Befürchtungen bewahrheiteten sich. Die Gesamtratssitzung des Leipziger Stadtrates gab genau dieser Forderung nach und

1a

Krankheitsform	Aerztliches Zeugnis	Civilverhältnisse	Datum des Abganges	Ausgang der Krankheit
Melancholie u. n. n.	Dr. Lachner Zehendorf	geb. Dr. med. Felix P. P. u. d. Oeff. Wittich, Moritz, pub. D. 1840 Lehrer	12. Juni 1893	Kapfentz zur Jomulta
Melancholie u. n. n.	Prof. Heubner Leipzig	geb. Dr. med. W. Th. J. J. J. Hahn, J. J. J. J. J. J. Abstr. 1840 pub. D. 1840 M. Ruth, Jomannuel J.	1. April 1893	Jansen
Tamara somitis u. n. n.	Dr. med. J. J. J. J. Dr. med. J. J. J. J. Halle	geb. Dr. med. J. J. J. J. u. d. Oeff. M. Ruth, Jomannuel J.	23. April 1893	Jansen
Manie u. n. n.	Hofrath Dr. J. J. J. J. Leipzig	geb. Dr. med. J. J. J. J. u. d. Oeff. M. Ruth, Jomannuel J.	19. Mai 1893	Jansen
Paranoia u. n. n.	Dr. med. J. J. J. J. Leipzig	geb. Dr. med. J. J. J. J. u. d. Oeff. M. Ruth, Jomannuel J.	20. Jan. 1893	u. Jomannuel J.
Melancholie u. n. n.	Dr. med. J. J. J. J. Leipzig	geb. Dr. med. J. J. J. J. u. d. Oeff. M. Ruth, Jomannuel J.	6. Juli 1893	Jansen
Paralyse incip. u. n. n.	Dr. med. J. J. J. J. Leipzig	geb. Dr. med. J. J. J. J. u. d. Oeff. M. Ruth, Jomannuel J.	29. Juni 1896	Jansen
Neurosthenie u. n. n.	Dr. med. J. J. J. J. Leipzig	geb. Dr. med. J. J. J. J. u. d. Oeff. M. Ruth, Jomannuel J.	1. April 1893	Jansen
Hyster. Remittent u. n. n.	Hofrath Dr. J. J. J. J. Leipzig	geb. Dr. med. J. J. J. J. u. d. Oeff. M. Ruth, Jomannuel J.	8. April 1895	Jansen u. Jomannuel J.
Paranoia u. n. n.	Dr. med. J. J. J. J. Leipzig	geb. Dr. med. J. J. J. J. u. d. Oeff. M. Ruth, Jomannuel J.	3. Mai 1893	Jansen
Alcoholismus u. n. n.	Dr. med. J. J. J. J. Leipzig	geb. Dr. med. J. J. J. J. u. d. Oeff. M. Ruth, Jomannuel J.	14. Mai 1893	Jansen
Manie u. n. n.	Dr. med. J. J. J. J. Leipzig	geb. Dr. med. J. J. J. J. u. d. Oeff. M. Ruth, Jomannuel J.	9. Juni 1893	Kapfentz zur Jomulta

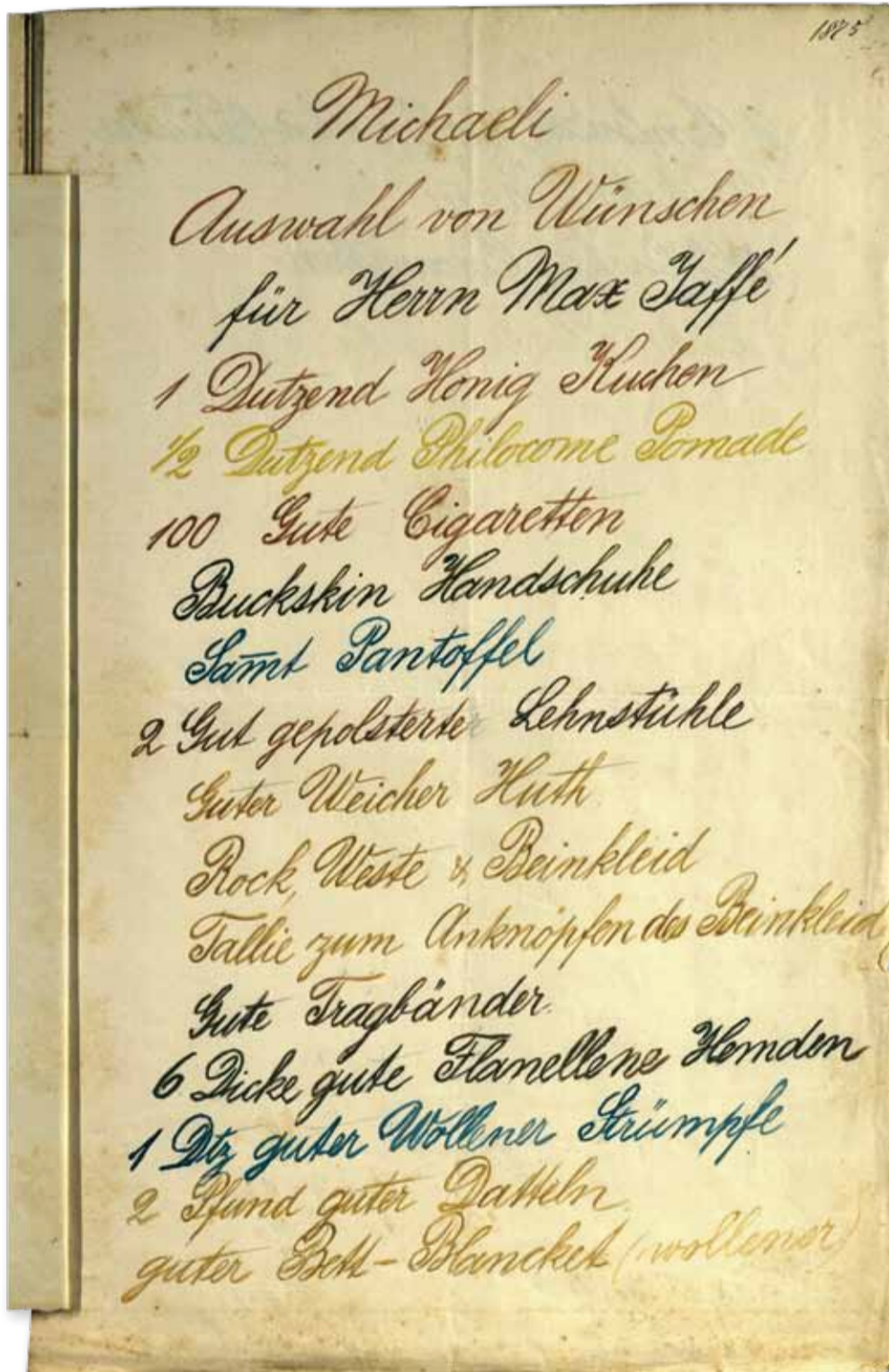
(Stadtarchiv Leipzig, Heilanstalt Thonberg, Nr. 2, Bl. 1a)

genehmigte am 9. Dezember 1914 gegen eine Stimme die Aufgabe der Heilanstalt Thonberg. Am 17. Dezember 1914 erklärte sich der Stadtrat unter Vorbehalt der Zustimmung der Stadtverordneten bereit, von dem Zeitpunkt an, an dem eine staatliche Nervenheilanstalt für besser situierte Kranke auf Dösener Flur errichtet sein wird, den Betrieb der Heilanstalt Thonberg einzustellen. Durch den Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurde dieser Neubau einer Pensionsabteilung bei der Landesanstalt

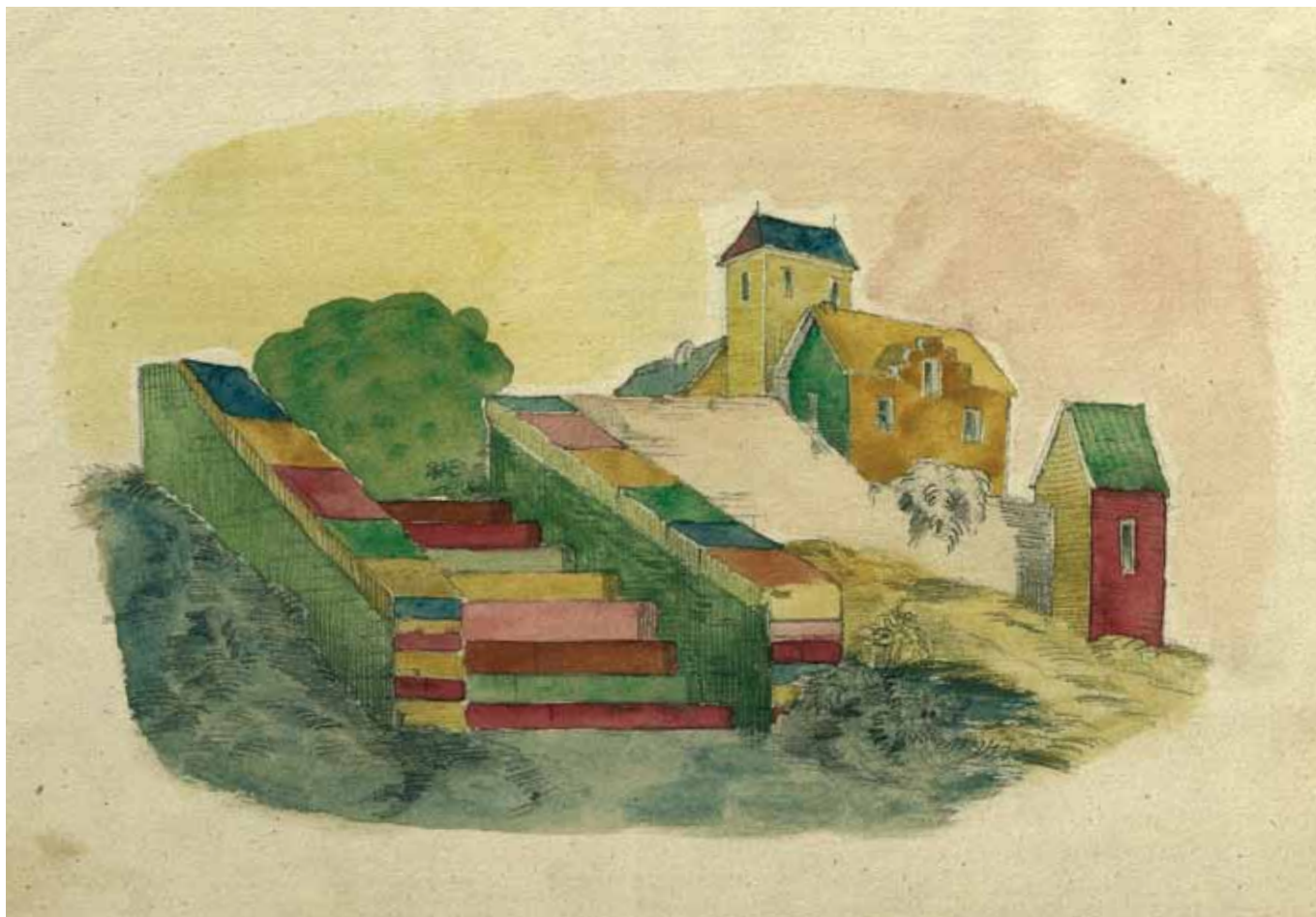
Dösen jedoch verhindert und die Heilanstalt Thonberg vorerst als städtische Einrichtung weiterbetrieben. Ein Vertrag vom 31. Juli 1916 regelte die Fortführung bis zur Inbetriebnahme einer neuen Anstalt und der damit verbundenen Überführung der Patienten und der Übernahme des Personals. Da der bisherige Leiter Dr. Knopf die Anstalt zum Oktober 1916 verließ, stellte die Sächsische Staatsregierung für die ärztliche Leitung ab dem 1. Oktober 1916 unentgeltlich einen Arzt

zur Verfügung. Somit hatte die allmähliche Überleitung der Heilanstalt Thonberg in das Eigentum des sächsischen Staates ihren Anfang genommen. Es folgten länger währende Verhandlungen zwischen der Sächsischen Staatsregierung und dem Rat der Stadt Leipzig zur Überlassung der Heilanstalt, was die Stadt unbedingt verhindern wollte. Ab dem 1. Juli 1917 übernahm schließlich das Königreich Sachsen bis auf weiteres die Bewirtschaftung der Heilanstalt, vereinnahmte die Verpflegelder und trug die Betriebs- und Lohnkosten. Die tatsächliche Übernahme sollte erst nach einer endgültig festgesetzten Vereinbarung erfolgen. Somit war die Übernahme vom 1. Juli 1917 bis zu diesem Zeitpunkt nur eine rechnerische; Beamte, Angestellte und Arbeiter sollten bis zur förmlichen Abänderung eines auf den 31. Juli 1916 datierten Abkommens im Anstellungsverhältnis mit der Stadt bleiben.

Am 22. April 1918 besiegelte schließlich ein Vertrag die rückwirkende Übernahme der Heilanstalt Thonberg durch den sächsischen Staat zum 1. Januar 1918. Die tatsächliche Übernahme sollte bis spätestens zum 1. Oktober 1918 abgeschlossen sein. Nachdem die ärztliche Leitung der Anstalt bereits im Oktober 1916 in staatliche Regie übergegangen war, folgte bis zum 1. Oktober 1918 nun auch die wirtschaftliche. Seitdem gehörte die Heilanstalt Thonberg zwar etatrechtlich zur Landesanstalt Dösen, behielt aber ihren Status als selbstständige staatliche Einrichtung. Die Pensionssätze für einen Aufenthalt in der Heilanstalt wurden erhöht, die Patientenzahlen hingegen sanken. Mittels eines Beschlusses wurde die Heilanstalt bereits am 16. Juni 1920 als staatliche Anstalt wieder geschlossen. Alle Patienten wurden in andere Einrichtungen, so z. B. in die Heilanstalt Dösen, verlegt. Die unmittelbare Nachnutzung der Räumlichkeiten erfolgte im Zuge der Schaffung von Kleinwohnungen vorerst hauptsächlich als Wohnraum. Geschäftsbücher und Krankenakten sowie ein Teil des Verwaltungsschriftgutes wurden der Heilanstalt Dösen übereignet.



Patientenakte Max Jaffé, Auswahl von Wünschen des Patienten (Stadtarchiv Leipzig, Heilanstalt Thonberg EA, Nr. 1282, Bl. 39)



Patientenakte Max Jaffé, Patientenzeichnung (Stadtarchiv Leipzig, Heilanstalt Thonberg EA, Nr. 1282, Bl. 37)

Die Übernahme der Akten der Heilanstalt Thonberg durch das Stadtarchiv Leipzig erfolgte ab Mai 1990 in Zusammenhang mit der Übernahme der Akten des Bezirkskrankenhauses für Psychiatrie Leipzig-Dösen (einschließlich seiner Vorgängereinrichtungen), das nach 1990 bis zu seinem Übergang in die Trägerschaft der Rhön-Klinikum AG Bad Neustadt als städtischer Eigenbetrieb unter der Bezeichnung Städtische Klinik Leipzig-Südost weitergeführt wurde.

Der Großteil der Sachakten des Bestandes der Heilanstalt Thonberg steht inhaltlich in Zusammenhang mit den Patienten der Heilanstalt. Die Patientenjournale, Zu- und Abgangslisten sowie Patientenverzeichnisse beinhalten zahlreiche Angaben über die in der Heilanstalt befindlichen Insassen. Dazu gehören z. B. Aufnahme- und Abgangsdaten, Patientennamen, Diagnosen, Herkunft, Stellung. Unter Anwendung notwendiger quellenkritischer Betrachtung liefern diese Quellen Datengrundlagen für die Erstellung historischer Statistiken zur Thematik, so z. B.

zum Einzugsbereich, zur Diagnostik, zur Verweildauer, zum Alters- und Herkunftsspektrum. Diese Statistiken können unter Einbindung der Patientenakten (Einzelakten) noch präzisiert werden. In Kombination liefern die die Patienten betreffenden Quellen eine Grundlage zur Herausarbeitung psychiatrischer Entwicklungstendenzen nicht nur für die Heilanstalt Thonberg. Außerdem geben die Sachakten zu Entmündigungen und Feststellung von Geschäfts- und Prozessfähigkeiten von Insassen aufschlussreiche Einblicke in die Praxis und den Vollzug dieser Verfahren in der Vergangenheit. Die Patientenakten (Einzelakten) selbst liefern tiefer gehende Einsicht in personengebundene Einzelschicksale und in die differenzierten, teils personenabhängigen Aufnahme- und Behandlungskriterien. Bestandteile einiger Akten bieten zudem eindrucksvolle, individuelle Einblicke in persönliche Befindlichkeiten der Patienten. Dazu gehören v. a. gesammelte Patientenbriefe, Notizen, Tagebuchaufzeichnungen sowie Zeichnungen. Jede einzelne Patientenakte gibt mit ihren größtenteils

täglichen Beobachtungsangaben zugleich auch ein Bild von Krankheitsverläufen und medizinischer Behandlungspraxis zum Zeitpunkt der Aufzeichnung. Der Vergleich einer bestimmten Anzahl von Patientenakten ist daher auch für die medizinhistorische Forschung von großem Interesse. Einblicke in die Personalangelegenheiten der Heilanstalt geben das Personal betreffende Sachakten, die einen weiteren Überlieferungsschwerpunkt des Bestandes bilden. Dazu gehören hauptsächlich Sammelakten zu den Lohnverhältnissen, Bestandsnachweise zum Personal, Bestimmungen und Festlegungen, Praktikumsbestätigungen und Urlaubsgesuche. Insgesamt bietet der ab sofort für die Nutzung zugängliche Bestand Heilanstalt Thonberg einen reichen Fundus nicht zu unterschätzender Quellen für einen Zeitraum psychiatrischer Entwicklung.

Frauke Gränitz/Olaf Hillert
(Stadtarchiv Leipzig)

Johann Sebastian Bach – Anteilseigner an einem Silberbergwerk

Neue Bachdokumente

Im Band 2 der Bach-Biographie von Philipp Spitta ist das Nachlassverzeichnis Johann Sebastian Bachs abgedruckt. Gleich zu Beginn ist aufgeführt: „Ein Kux, genannt Ursula-Erbstolln, zu Klein Voigtsberg an Werthe 60 Rl“. Diese Zechenregister konnte ich bei einem Besuch im Bergarchiv einsehen und las nun auch den Eintrag „Johann Sebastian Bach, Capellmeister in Leipzig“. Das Bergarchiv Freiberg verwahrt mehr als 140.000 Zechenregister. In den Zechenregistern informierte der Schichtmeister über die Zeche. Einnahmen und Ausgaben sind aufgelistet, der Zustand der Zeche wird beschrieben und besondere Vorkommnisse erwähnt. Es wurde hier auch die Zubeße angegeben, welche die Anteilseigner (Gewerken) im jeweiligen Quartal zu zahlen hatten und auf einem kleineren Zettel (dem Gewerkenverzeichnis) sind ihre Namen und die Größe ihres Anteils verzeichnet. Wie es gewöhnlich üblich war, gab es auch beim Ursula Erbstollen 124 Kuxe, die von Gewerken erworben werden konnten.

Im Gewerkenverzeichnis des Zechenregisters Luciae 1746 fand ich noch weitere Personen, die in Leipzig wohnten. Da es mich interessierte, wann sie ihre Anteile erworben hatten, blätterte ich um einige Jahre in den Zechenregistern zurück und stieß plötzlich wieder auf den Eintrag: „Johann Sebastian Bach, Capellmeister in Leipzig“. Bei genauerer Prüfung stellte ich fest, dass Bach Reminscere 1741 zum ersten Mal als Gewerke des Ursula Erbstollens aufgeführt wird. Im Zechenregister von Luciae 1740 taucht Bach noch nicht auf. So kann sein Kuxerwerb in das Quartal Reminscere 1741 datiert werden.

Dass Bach den Anteil an einem Silberbergwerk, der in seinem Nachlass aufgeführt wird, seit Luciae 1746 besaß, ist nicht neu. Es war aber bisher noch nicht bekannt, dass Bach bereits von 1741 bis 1745 Anteilseigner dieser Zeche war.

Anteilseigner am Ursula-Erbstollen von 1741 bis 1744

Der Ursula-Erbstollen existierte seit 1737. Zu einer ersten deutlichen Zunahme von Erzfinden kam es dort ab 1739. Ende 1740 konnten 22 Bergleute beschäftigt werden; das war un-

gefähr das Vierfache der vorherigen Quartale. Der Wert eines Kuxes war seit 1737 kontinuierlich angestiegen und hatte Reminscere 1741 eine Taxierung von 30 Talern erreicht. Zu diesem Zeitpunkt wird Bach Anteilseigner dieser Zeche.

Spätestens Ende 1744 muss Bach allerdings beschlossen haben, sich wieder von seinem Anteil zu trennen. Über die Gründe lässt sich gegenwärtig nur spekulieren. Fakt ist, dass die positive Entwicklung der Zeche nicht anhielt, als Bach Besitzer des Anteils war. Zwar stieg der Wert eines Kuxes weiterhin, aber die Menge des geförderten Erzes ging zurück und damit auch die Zahl der Beschäftigten. 1745 arbeiteten nur noch 3 Bergleute in der Zeche.

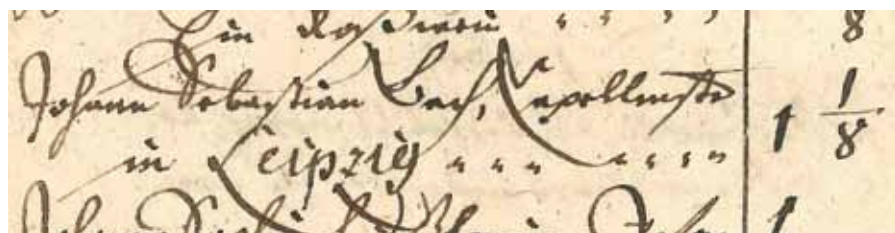
Reminscere 1745 wird Bach im Gewerkenverzeichnis ganz am Ende unter: „Hierunter befinden sich dieses Quartal No. 6 W. an verstandenen zu verrechnen“ geführt. Das Deutsche Bergwörterbuch von Heinrich Veith aus dem Jahre 1871 bringt einige Erklärungen für diesen Satz: „im Retardat verstehen: für die bisherigen Eigenthümer verloren gehen, verfallen: Wenn sie (die Gewerken) Num. 6 des folgenden Quartals die Zubeße noch nicht abgelegt haben, werden sie ihrer Kuxe verlustiget, und im Gegenbuche ausgethan. So dann heißt es: Die Kuxe sind im Retardat verstanden.“ Dieser Eintrag im Gewerkenverzeichnis Reminscere 1745 lässt also den Schluss zu, dass Bach seine Zubeße nicht mehr bezahlt hat. Wenn ein Gewerke sie nicht mehr zahlte, wurde er ins Retardat gesetzt. Wenn die Zahlung der Rückstände dann nicht innerhalb einer gewissen Zeit erfolgte, wurde der Kux im Retardat verstanden. Der Kux fiel ans Bergamt zurück.

Dass Bach keine Zubeße mehr zahlte, muss nicht bedeuten, dass er dazu finanziell nicht in der Lage war. Peter Freiherr von Hohenthal, Geheimer Kriegsrat, seine Frau, die Baronin

von Hohenthal, und ihr Sohn erwarben 1743 ebenfalls je einen Kux dieser Zeche. Diese Familie besaß am Markt in Leipzig ein Haus, das auf 29.000 Taler geschätzt wurde. 1751 trennen sie sich in der gleichen Weise von ihren Anteilen, wie es für Bach 1745 nachzulesen ist. Bei ihnen kann man Geldmangel wohl ausschließen. Auf die gleiche Weise trennte sich 1739 der Hofrat Johann Benedict Winkler aus Leipzig von seinen Anteilen (10 Kuxen des Ursula-Erbstollens) oder im Jahre 1753 der Handelsmann Johann Samuel Lamprecht aus Leipzig. Das legt den Schluss nahe, dass es für Gewerken, die es sich finanziell leisten konnten, durchaus üblich war, sich auf diese Art von einem Zechenanteil zu trennen. Falls Bach in finanziellen Nöten gewesen wäre, hätte er wohl versucht, seinen Kux zu verkaufen, was zu diesem Zeitpunkt anscheinend etliche Gewerken taten. Beim Vergleich aufeinanderfolgender Zechenregister ist festzustellen, dass immer Namen von Gewerken verschwinden und neue auftauchen. Dabei fällt auf, dass es sich häufig um Bergleute handelt, die so aus der Gewerkschaft ausscheiden. Anscheinend wurden hier die Kuxe verkauft. Bach hat zwischen 1741 und 1745 mehr als 40 Taler (Wert des Kuxes und Zubeße) in den Ursula-Erbstollen investiert. Er scheint aber diese Summe nicht als eine Fehlinvestition gesehen zu haben, denn keine zwei Jahre später wurde er wieder Besitzer eines Kuxes der gleichen Zeche, den man inzwischen mit 60 Talern doppelt so hoch wie 1741 taxiert hatte.

Bachs Lebenssituation 1746

Am 21. März 1746 wurde Johann Sebastian Bach 61 Jahre alt. Seit 23 Jahren war er nun als Thomaskantor der dritte Lehrer an der Thomasschule und als Musikdirektor der Stadt Leipzig verantwortlich für die Kirchenmusik in den Leipziger Hauptkirchen. Gemeinsam mit



Zechenregister mit Eintrag zu Bach (Detail) (Sächsisches Staatsarchiv, Bergarchiv Freiberg, 40186 Zechenregister der Ursula-Fundgrube Kleinvoigtsberg, Nr. 135007)

Carl August von Sachsen, App. pell. Rath in Dr.	2	Johanna Christiana Gey, Altm. yrb. Pollen	2 1/2
Christian von Wolfen Ch. Wimpel, Altm., yrb. Cosmann, in Pöschel	7 5/8	Johann Gottlieb Lünzinger Bedr in Leipzig	1 2/2
Concordia Regina Cosmann, J.	1 5/8	Johann Gottlieb Lünzinger in Leipzig	1 2/3
Christian Friedrich von Wolfen, Altm.	1 1/2	Johanna Christiana Gottlieb, Jefa Annae Comtesse in Annab.	1 2/3
Christian Friedrich von Wolfen, Altm.	1 1/2	Johanna David Cracow, Obed. Dr.	1 1/4
David Carl, Sold, Mo 4 5 5	1.	Johanna David Gey, Müller in Leipzig	2.
David von Elisabeth, Altm., yrb. Franklin	5/8	Johann Daniel Lamprecht, Jelleff in Leipzig	1 1/2
Christina Regina Jellowin, yrb. Jellowin in Dresden	2 1/2	Johann Christian Christiani, G. in Dresden	1 1/2
Christina Regina Jellowin, yrb. Jellowin in Dresden	1.	Johanna Elisabeth Lünzinger, yrb. Lünzinger	1.
Christian Wilhelm ö Feral, Gen. Münz. Guard: in Dr.	2 1/2	Johann George Friedrich, Altm. Leipzig	1 1/4
Christian Wacht	2.	Johann Friedrich Lange, Sargfabr. in Leipzig	5/8
Christian Christian Altm., Augusto: in Leipzig	1 3/4	Johanna David Wilmow, St. Dr.	3/4
Gottlieb Christian, Mäntel Gottlieb Christian, Com:	1 1/2	Johann Jacob Ch. Weller, Archidial.	5/8
George Friedrich Müller, Altm. Gottlieb Friedrich, Jelleff	1 1/2	Johann Christian Lünzinger, Müller in Leipzig	3/8
George Salomon Cosmann	1 5/8	Johanna Christiana Gey, Nagellm. in Leipzig	1 1/8
George Friedrich, Ober Bergl. in Dresden	1.	Johanna Regina Pflavin, Jylo.	1.
George Michael Lünzinger, Jylo	3 1/3	Johanna Gottlieb Anton, Com:	1.
George Michael Lünzinger, Com:	1 1/4	Johanna Regina Gey, Altm.	1 1/2
George George Lünzinger, G. in Leipzig	1 2/3	Johann Michael Neuber, Dr.	1 1/2
George Friedrich von Gey Dr., Jylo: Intendant.	15	Johann Gottlieb Lünzinger, Com:	1 1/2
George Carl von Krieger, Berg in Dresden	2	Johann Andreß, Dr.	1 1/2
George Wilhelm von Krieger, Jylo Dr.: Intendant	2	Johann Gottlieb Altm., Dr.	1 1/2
		Johanna Juliana Jellowin yrb. Cosmann	1 5/8
		Carl Wilhelm Christian Gey, Bergl.	1.
		Johann Daniel Lünzinger, Bergl.	1 1/2
		Johann Gottlieb Lünzinger	1

Zechenregister mit Eintrag zu Bach (Sächsisches Staatsarchiv, Bergarchiv Freiberg, 40186
Zechenregister der Ursula-Fundgrube Kleinvoigtsberg, Nr. 135007)

seiner Frau und immer noch sieben Kindern wohnte er in der Kantorenwohnung der Thomasschule. Die Auswertungen der wenigen Quellen, die über Bachs letzte Lebensjahre Auskunft geben können, lassen den Schluss zu, dass er sich 1746 guter Gesundheit erfreute. Erst ab 1749 deuten verschiedene Hinweise auf gesundheitliche Probleme hin. Im Frühjahr 1750 unterzog er sich einer Augenoperation, an deren Folgen er am 28. Juli 1750 verstarb.

Johann Sebastian Bach erhielt in Leipzig pro Jahr 87 Taler und 12 Groschen als festes Gehalt. Dazu kamen noch verschiedene weitere Einkünfte, so dass er in einem Brief, den er am 28. Oktober 1730 an seinen ehemaligen Schulkameraden Georg Erdmann schrieb, sein Jahreseinkommen mit rund 700 Talern angibt.

Obwohl zu bedenken ist, dass die Lebenshaltungskosten in Leipzig deutlich höher lagen als im ländlichen Raum des Erzgebirges, ist an dieser Stelle vielleicht folgender Vergleich ganz interessant: Ein Hauer im Ursula-Erbstollen erhielt pro Woche durchschnittlich einen Lohn von einem Taler. Das wären im Jahr rund 50 Taler gewesen. Allerdings war eine ständige Beschäftigung im Bergwerk nicht sicher.

Bach war aber auch kein reicher Mann. Als der in Freiberg ansässige Orgelbauer Gottfried Silbermann starb, hinterließ er einen Nachlass im Wert von über 10.000 Talern. Bachs gesamter Nachlass wurde auf knapp 1.160 Taler geschätzt, darunter der Kux und eine Barschaft von 231 Talern.

Anteilseigner am Ursula-Erbstollen ab 1746

Gab es zu anderen Zeiten viele personelle Veränderungen in den Gewerkenverzeichnissen, so verlassen im Quartal Luciae 1746 nur Johann August Gastel (bisher Besitzer eines Kuxes) und Johann Heinrich Linke, ein Steuereinnehmer (bisher Besitzer eines halben Kuxes) die Gewerkschaft. Der Böttger Georg David Dachselt verringert seinen Anteil von $2 \frac{2}{3}$ auf $2 \frac{5}{12}$ Kuxe. Ab Luciae 1746 findet man Johann Sebastian Bach wieder in den Zechenregistern des Ursula-Erbstollens als Besitzer eines Kuxes. Zusammen mit ihm erscheint noch ein anderer neuer Gewerke: Johann Christian Richter, ein Müller aus Roßwein und nun Besitzer eines halben Kuxes. Der Archidiaconus Johann Jacob Weller aus Freiberg erhöht seinen Anteil von 2 auf $2 \frac{1}{2}$ Kuxe. Damit hatten die Anteile ihre neuen Besitzer und es ist wohl recht sicher, dass Bach seinen Kux von Johann August Gastel erwarb, hätten doch im anderen Fall mit mehreren Personen

Kaufverhandlungen geführt werden müssen. Die Vermittlung des Kaufs ist durch einen Kuxkränzler anzunehmen. 1744 war ein gewisser Johann Christoph Stiehl zum Leipziger Kuxkränzler ernannt worden und es ist sehr wahrscheinlich, dass er Bach den Kauf dieses Anteils am Ursula-Erbstollen vermittelte.

Bach erwarb beide Anteile in Zeiten, in denen der Ursula-Erbstollen höhere Erzfunde vorzuweisen hat und die Belegschaft vergrößert werden kann. Das mag ein Zufall sein, könnte aber auch darauf hindeuten, dass Bach über diese Entwicklungen gut informiert war. Ein Mittelsmann für die entsprechenden Informationen könnte sein Schüler Johann Friedrich Doles gewesen sein, der seit 1744 Kantor in Freiberg war. Vielleicht hat auch Gottfried Silbermann, der in Freiberg lebende Orgelbauer, Bach entsprechende Auskünfte geben können.

Im September 1746 prüfte er gemeinsam mit Bach die neu erbaute Orgel in der Wenzelskirche zu Naumburg. Mehrere Tage nahm diese Arbeit in Anspruch. Bach und Silbermann waren in dieser Zeit Gäste der Stadt, und aus den überlieferten Rechnungen ist zu schließen, dass nach getaner Arbeit Essen und Trinken nicht zu kurz kamen. Da Bach in den nächsten Wochen einen Kux erwarb, der auf 60 Taler taxiert wurde, was für ihn doch ungefähr ein Monatseinkommen ausmachte, ist es gut vorstellbar, dass man sich auch darüber in Naumburg unterhielt. Silbermann besaß einen Kux der Himmels-Fürsten und Günther-Fundgrube zum Weissenborn.

22 Taler erhielt Bach für diese Orgelprüfung. Auf jeden Fall scheint Bach zu diesem Zeitpunkt genug Geld gehabt zu haben, um sich den Kauf und die vierteljährlichen Zubeßen



Bachdenkmal an der Thomaskirche Leipzig von Carl Seffner (Foto Eberhard Spree)

leisten zu können. Übrigens war ein Kux des Ursula Erbstollens vergleichsweise teuer. Zwei Drittel der Zechen im Freiburger Raum boten Anteile an, die billiger waren.

An der Gesamtsituation des Bergbaus im Freiburger Revier hatte sich seit Bachs Ausscheiden als Gewerke 1745 wenig geändert. 1746 gab es dort mehr als 160 Bergwerke, davon über 110 Zechen, die sich über die Zubeße ihrer Gewerkschaft und die eigenen Erzfunde finanzierten. Von all diesen Zechen konnten im Quartal Luciae 1746 nur 8 Gewinne auszahlen und nur bei zwei Zechen waren es mehr als 10 Taler pro Kux. Dort war der Gewinn dann allerdings beträchtlich. Das ist in den entsprechenden Ausbeutbögen nachzulesen, die in gedruckter Form herausgegeben wurden und für die Öffentlichkeit zugänglich waren. Man konnte sich also vorab informieren und es war leicht zu erkennen, wie gering die Chance war, durch den Besitz eines Kuxes auch einen persönlichen Gewinn zu erzielen.

Auch dieses Mal hielt die positive Entwicklung des Ursula-Erbstollens nicht lange an, doch Bach blieb bis zu seinem Tod Gewerke dieser Zeche. Anfang 1750 erhöhte sich sein Anteil auf 1 1/8 Kux. Es ist anzunehmen, dass Bach hier der Erwerb des achten Teils eines Kuxes angeboten wurde, der ins Retardat gefallen war. Ab 1750 sind auch die Schulden der einzelnen Gewerken im Zechenregister verzeichnet. In dieser Aufstellung taucht Bachs Name zu seinen Lebzeiten nicht auf, er hatte also alle fälligen Zubeßen bezahlt. Eine Gewinnauszahlung (Ausbeute) gab es für Bach nie. Zwar wurde Silbererz in dieser Zeche gefördert, aber mit dem Erlös mussten die laufenden Betriebskosten gedeckt werden. Der Ursula Erbstollen brachte auch später keine Ausbeute, er blieb eine Zubeßzeche.

Nach Bachs Tod übernahmen seine Angehörigen den Bergwerksanteil als Gemeinschaftseigentum. 1751 erhöhte sich der Anteil noch einmal, jetzt auf 1 1/4 Kux. In den Quartalen Crucis und Luciae wurde keine Zubeße für den Bachschen Anteil bezahlt. Das wird daran gelegen haben, dass die Aufteilung seines Nachlasses im November 1750 erfolgte und erst dort der gemeinschaftliche Besitz des Bergwerksanteils festgelegt wurde. Reminiscente bezahlte man die aufgelaufenen Schulden und die fällige Zubeße. Allerdings scheint man dann doch beschlossen zu haben, diesen Anteil aufzugeben. In den nächsten Quartalen erfolgte keine Zubeßzahlung mehr und Anfang 1752 trennt man sich von dem Anteil in der gleichen Weise, wie Bach das schon 1745 getan hatte. Auffällig ist auch hier, dass Bachs

Familie anscheinend nicht versuchte, den Anteil zu verkaufen, der zu diesem Zeitpunkt auf mehr als 70 Taler taxiert wurde.

Mögliche Motive

Den wenigen Quellen die über Bachs privates Leben Auskunft geben, kann entnommen werden, dass er mit seinem Geld nicht leichtfertig umging. Anscheinend hatte er aber eine andere Einstellung, als sie in unserer gewinnorientierten Zeit erwartet wird. Wenn eine Investition nur positiv bewertet wird, wenn sie sich am Ende finanziell gelohnt hat, ist Bachs Handlungsweise kaum zu verstehen. Welche Gründe könnten Bach also bewogen haben, Besitzer eines Kuxes zu werden?

Die Metalle aus dem Erzgebirge waren für Sachsen wichtig. Auf der einen Seite muss man zwar den sächsischen Bergbau als ein Zuschussprojekt ansehen. Auf der anderen Seite aber hatten vor allem das Silber, aber auch Zinn, Kupfer und die anderen Metalle, die dort gefördert wurden, eine sehr hohe Wertbeständigkeit, deutlich höher als die meisten anderen Produkte, die in dieser Zeit produziert wurden. Die Gewinnung dieser Metalle trug dauerhaft dazu bei, dass Sachsen als ein reiches Land galt. Die Landesherren Sachsens wussten darum und förderten den Bergbau in ihren Landen mit entsprechenden Gesetzen. Der Bergmannsstand war ein geachteter Stand und die Herrscher würdigten ihn entsprechend. Als Beispiel dafür sei nur die große Bergparade von 1719 angeführt (das „Saturnfest“), die Teil der Feierlichkeiten anlässlich der Vermählung von Friedrich August, dem Sohn Augusts des Starken, war. Rund 1.500 Berg- und Hüttenleute marschierten am Abend des 26. September im Plauenschen Grund bei Dresden auf. In mitgeführten Miniaturbergwerken und Schmelzöfen demonstrierten sie ihre Arbeit. An einer Münzpräge wurden Münzen hergestellt, die unter die hochrangigen Gäste aus ganz Europa verteilt wurden. So wurde ihnen eine der Quellen des sächsischen Reichtums deutlich vor Augen geführt. Bei dieser Gelegenheit trug der Oberhofmarschall Freiherr von Löwendahl die Bergmannsgarnitur, die Kurfürst Johann Georg II. 1678 für sich anfertigen ließ. Sie ist heute im Grünen Gewölbe in Dresden zu bewundern. Und so stand auch der Bürger nicht zurück, durch sein Engagement den sächsischen Bergbau zu fördern.

Auch ein religiöser Hintergrund könnte beim Erwerb eines Kuxes eine Rolle gespielt haben. „Neuer Segen Gottes-Erbstollen“, „Gnade

Gottes-Erbstollen“, „Neue Gabe Gottes-Erbstollen“, „Christbescherung“; das sind nur einige Beispiele von Zechennamen aus dem Freiburger Revier. Daraus lässt sich schließen, dass die Erzlagerstätten zu dieser Zeit als eine Gabe Gottes angesehen wurden. Um dieser Gabe teilhaftig werden zu können, war neben harter Arbeit, Geduld und Ausdauer auch Geld notwendig und das über einen langen Zeitraum.

Dazu kommt sicher auch ein sozialer Aspekt. Die Menschen im Erzgebirge lebten vom Bergbau, der ohne die finanzielle Unterstützung der Gewerken nicht möglich war. Natürlich kann man davon ausgehen, dass die Gewerken auch immer auf den großen Silberfund in ihrer Zeche hofften. Ansonsten hätte man sein Geld ja auch als Spende dieser Gegend zukommen lassen können.

Nach der Auswertung der neu entdeckten Dokumente aus dem Freiburger Bergarchiv kann davon ausgegangen werden, dass Bach zwischen 1741 und 1750 mehr als 120 Taler in den sächsischen Bergbau fließen ließ. Spätestens durch die Erfahrungen, die er bei seinem ersten Kuxbesitz gemacht hatte, muss er gewusst haben, dass eine Gewinnauszahlung zwar durchaus möglich, aber doch recht unwahrscheinlich war. Im damaligen Sachsen stand es einem ehrbaren Bürger wohl gut an, Zechenanteile zu erwerben, mit seiner Zubeße den Betrieb der jeweiligen Zeche zu ermöglichen und damit den sächsischen Bergbau zu unterstützen und zu fördern. Das scheint Bach auch so gesehen zu haben.

Kleiner Nachsatz

Bei Stadtführungen in Leipzig wird am großen Bachdenkmal von Carl Seffner, das direkt zwischen Thomaskirche und Bose-Haus steht, gern darauf hingewiesen, dass das Futter einer Rocktasche nach außen hängt. Dieses wird als Zeichen gedeutet, dass Bach eben nichts in der Tasche hatte, ein armer Mann war. Diese Geschichte sollte nach den beschriebenen Funden im Bergarchiv Freiberg wohl überdacht werden.

Eberhard Spree
(Musiker des Gewandhausorchesters
zu Leipzig)

Das Deutsche Rote Kreuz der DDR – Nachlass seines Präsidenten Werner Ludwig vom Hauptstaatsarchiv Dresden übernommen

Im Januar 2010 erhielt das Hauptstaatsarchiv Dresden den schriftlichen Nachlass von Prof. Dr. Werner Ludwig dem langjährigen Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes in der DDR. Die Unterlagen wurden durch Ludwigs Sohn, Dr. Klaus Ludwig als Schenkung übergeben.

Werner Ludwig wurde am 15. Dezember 1914 in Mühlheim an der Ruhr geboren. Nach seinen eigenen Berichten verlebte er eine sorglose und fröhliche Kindheit. Er besuchte die Volksschule und ab dem 10. Lebensjahr das humanistisch orientierte Hindenburg-Gymnasium in Düsseldorf. Sein Wunsch zum Studium der Medizin erfüllte sich mit der Aufnahme als Sanitätsoffiziersanwärter, eine Alternative zum universitären Medizinstudium, welches die Eltern nicht finanzieren konnten. Nach der Grundausbildung in München erfolgte das Studium an der Militärärztlichen Akademie in Berlin. 1939 legte Werner Ludwig das Staatsexamen ab, erhielt die ärztliche Approbation und promovierte. Sein beruflicher Weg begann als Assistenzarzt im Dresdner Militärlazarett. Nach Kriegsausbruch nahm er als Truppenarzt am Frankreichfeldzug teil. 1942/43 war er als Stabsarzt nach Stalingrad abkommandiert. Am 25. Januar 1943 erfolgte seine Gefangennahme. Nach Ende der Gefangenschaft am 29. April 1948 führte ihn sein Weg zu seinem fünfjährigen Sohn, der seit dem Tod seiner ersten Ehefrau Gertraude im Juni 1947 bei Werner Ludwigs Mutter in Niederheimbach wohnte. Die dort fehlenden Einsatzmöglichkeiten als Facharzt trugen zu

der Entscheidung bei, nach Grimma übersiedeln, um dort die Stelle des Kreisarztes anzunehmen.

Ludwigs hervorragende Aufbauarbeit im Gesundheitswesen des Kreises Grimma führte zur Berufung in das Komitee zur Vorbereitung der Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Berlin 1951. Er war verantwortlich für die Sicherung der Ersten Hilfe, der Krankentransporte, der stationären Betreuung und der Lebensmittel- und Quartierhygiene. Nach erfolgreichem Verlauf der Weltfestspiele in Berlin bot ihm das Ministerium für Gesundheitswesen eine Stelle als Abteilungsleiter im Ministerium an. Zu seinen ersten Aufgaben gehörte die Abfassung eines Berichts über den Ablauf des Gesundheitsdienstes während der Weltfestspiele. In diesem Abschlussbericht brachte er zum Ausdruck, „dass man die für die Ausführung des Festes ausgebildeten 30.000 Gesundheitshelfer nicht auseinanderlaufen lassen sollte.“ „Eines Tages wurde ich zu einer Sitzung des Politbüros ins Zentralkomitee eingeladen, in der man diese Frage behandelt hat, und unter Bestätigung meiner Grundkonzeption beauftragte man mich selbst dann in dieser Sitzung damit, ein Organisationskomitee ins Leben zu rufen und dessen Führung zu übernehmen. Ich erhielt den Auftrag, dem beim Finanzminister zu melden, von dem ich dann einen Scheck von über 1 1/2 Millionen erhielt. Weiterhin sollte ich beim Genossen Plenikowski im Büro des Ministerrates mir ein Auto mit Chauffeur geben lassen.“ (Ludwig, Werner: Rückblick für meine Familie, 1998,

S. 37.) Die Regierung beschloss am 23. Oktober 1952 die Bildung des Deutschen Roten Kreuzes der Deutschen Demokratischen Republik. Als Sitz des Deutschen Roten Kreuzes wurde Dresden festgelegt.

Werner Ludwig absolvierte danach eine zweite Facharztausbildung zum Facharzt für Sozialhygiene, begann eine wissenschaftliche Aspirantur und schloss diese mit einer Habilitation an der Medizinischen Akademie Erfurt ab. 1965 wurde er Professor mit Lehrauftrag an der Medizinischen Akademie Carl Gustav Carus in Dresden. Bis zu seinem 65. Lebensjahr wurde Werner Ludwig auf den Kongressen des Deutschen Roten Kreuzes regelmäßig als Präsident wiedergewählt. Seine wichtigsten Funktionen waren die Mitgliedschaften in der Weltgesundheitsorganisation, im Präsidium der Liga für Völkerfreundschaft, im Präsidium der Liga für die Vereinten Nationen und im Nationalrat der Nationalen Front der Deutschen Demokratischen Republik. Den Vorsitz des Albert-Schweizer-Komitees der DDR hatte er seit 1963 inne, 1974 wurde er Präsident des UNICEF-Nationalkomitees der DDR. Seine Arbeit fand internationale Anerkennung. Diese spiegelt sich auch in seinem Nachlass, etwa in der Überlieferung seiner wissenschaftlichen Publikationen, einer Zeitungsausschnittsammlung, Fotos, Fotoalben, seinem chronologisch geführten „Reisebuch“ in nahezu 40 Länder zwischen 1954 und 1981 und den zahlreichen Ehrungen und Auszeichnungen wider. Mit dem Deutschen Roten Kreuz der Bundesrepublik Deutschland



DRK-Ausweis Werner Ludwigs, 1957 ff. (Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden, 13801 Personennachlass Werner Ludwig, Nr. 137)

fanden seit 1955 jährlich Präsidententreffen abwechselnd in Bonn und Dresden statt. Hier konnten noch vor Aufnahme der offiziellen Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten Probleme mit diplomatischem Geschick gelöst werden.

Als Präsident des DRK übte er seine Tätigkeit administrativ und wissenschaftlich fundiert aus. Das DRK der DDR sah seine Aufgaben nicht nur im Einsatz bei Katastrophenfällen, sondern überwiegend in der Verbesserung des Gesundheitsschutzes der Bevölkerung, im Sozial- und Pflegedienst, im Bahnhofsdienst, im Blutspendewesen, dem Wasserrettungs- und Bergunfalldienst, der schnellen medizinischen Hilfe und im Krankentransport. Die Organisation hatte über 1 Million Mitglieder, die größtenteils freiwillig als Rot-Kreuz-Helfer in fast 13.000 Grundorganisationen tätig waren.

„Frieden, Humanismus der Tat und Völkerverständigung“ waren Werner Ludwigs Kerngedanken, die er in seinem Buch Rotes Kreuz – Ursprung und Wandlung, sowie in weiteren mehr als 200 Publikationen behandelt hat. Seine ehrenamtliche Arbeit im Albert-Schweitzer-Komitee ist Zeugnis dieser Gedanken. In einer Zeit, als noch keine diplomatischen Beziehungen zum westafrikanischen Staat Gabun bestanden, setzte es sich intensiv für Sachspenden an das Urwaldkrankenhaus in Lambarene ein. Als nach dem Tod Albert Schweitzers 1965 die Internationale Albert-Schweitzer-Vereinigung mit Vertretern aus aller Welt ihre Tätigkeit aufnahm, wurde Ludwig zum Vizepräsidenten dieser Gesellschaft gewählt.

1981 wurde er nach dem Weggang zweier seiner Kinder in die Bundesrepublik Deutschland aus dem Amt gedrängt. Er trug den Schmerz mit der Würde eines Menschen, der sich um sein Lebenswerk betrogen fühlte und die geographische Trennung zu seinen Kindern und Enkelkindern seelisch verkraften musste. 19 Jahre später, am 7. April 1990 wurde er auf einem außerordentlichen Rot-Kreuz-Kongress zum Ehrenpräsidenten gewählt. In dieser Eigenschaft unterstützte er den Einigungsprozess



Habitationsurkunde Werner Ludwigs, 1962 (Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden, 13801 Personennachlass Werner Ludwig, Nr. 135)

beider deutscher Rot-Kreuz-Gesellschaften. Werner Ludwig verstarb am 11. Dezember 2001 in Dresden.

Der Personennachlass dokumentiert ein Leben zwischen Erstem Weltkrieg und friedlicher Revolution. Werner Ludwigs Publikationen beinhalten menschliche Schicksale sowie medizinische und sozialhygienische Abhandlungen. Zum Nachlass gehören persönliche Dokumente von der Geburtsurkunde, über Zeugnisse bis zur Habitationsurkunde, Reiseberichte, Tagebücher, Fotos, Orden und Ehrungen aus ganz Europa, Asien, Nordamerika und Afrika sowie ein Verzeichnis der sozialhygienischen, gesellschafts- und populärwissenschaftlichen Publikationen, von denen fast alle im Bestand überliefert sind. Auch die Kondolenzbücher sind im Nachlass enthalten. Werner Ludwigs

schriftlicher Nachlass ist eine wertvolle Ergänzung zur Behördenüberlieferung und den Unterlagen des Deutschen Hygiene-Museums im Hauptstaatsarchiv Dresden. Dieses Nachlass-schriftgut vermittelt den Blick auf ein humanistisches Leben, welches zielstrebig in einem diktatorischen System mit diplomatischem Fingerspitzengefühl zum Wohle der Menschen gemeistert wurde. Der Bestand „13801 Personennachlass Werner Ludwig“ wird in diesem Jahr erschlossen und steht nach Ablauf der Schutzfrist 2012 der Benutzung zur Verfügung.

Gisela Petrasch
(Hauptstaatsarchiv Dresden)

Der Willebrief Rudolf I. von Sachsen-Wittenberg an Balduin von Luxemburg von 1339

Es ist oftmals spannend, einzelne Unterlagen in den zeitlichen Kontext einzuordnen, zumal dann, wenn eine einfache Erklärung nicht auf der Hand liegt. Dies kann gerade mit mittelalterlichen Urkunden ein lohnendes Unterfangen sein, da diese vor dem Aufkommen der Aktenmassen in der Neuzeit die wichtigsten schriftlichen Quellen waren. Dabei darf aber nicht verschwiegen werden, dass das hier angebotene Ergebnis nur eine These sein kann, kein Befund. Dieser Beitrag stellt den im Landeshauptarchiv Koblenz überlieferten Willebrief Herzog Rudolf I. von Sachsen-Wittenberg (um 1284–1298–1356) zur Privilegienbestätigung und -erteilung durch Kaiser Ludwig IV., genannt der Bayer, (1281/1282–1314–1328–1347) an den Trierer Erzbischof Balduin von Luxemburg (1285/86–1307–1354) vor und ordnet ihn zeitlich ein (Landeshauptarchiv Koblenz, Bestand 1 A, Nr. 4988). Der Gattung nach war der Willebrief eine Urkunde, durch welche vom 13. Jahrhundert an vor allem die Kurfürsten zu Entschließungen oder Verfügungen des Königs oder Kaisers ihre Zustimmung gaben. Der Willebrief war ein „consensus“

der Kurfürsten. Er entwickelte sich aus dem in der Zeit der Stauer dem König zur Verfügung stehenden „consilium“ der Großen des Reiches, genauer der Reichsfürsten. Mit der Ausformung des Kurfürstenkollegiums ging eine Zunahme der Verbindlichkeit der Willebriefe einher, die jedoch unter Rudolf von Habsburg auf die Rückgewinnung von Reichslehen beschränkt blieb. Ohne die Zustimmung der Kurfürsten in Form von Willebriefen war ein königliches Privileg hinsichtlich der Rückgewinnung von Reichslehen folglich nicht gültig. Mit der Erweiterung auf fast alle königlichen Privilegien verlor der Willebrief diese Bindungswirkung wieder und wurde als zusätzliches Mittel der Besitzbestätigung verstanden, ohne Eingang in die im 14. Jahrhundert sich verstärkt entwickelnde

Reichsverfassung zu finden. Aus dieser Zeit stammt der hier untersuchte Willebrief Rudolf I. von Sachsen-Wittenberg.

Die Urkunde fehlt in den Balduineen, einer in der Herrschaftszeit Balduins von Luxemburg seit 1330 durch Abschreiben zusammengetragenen Sammlung, die in vier Handschriften erhalten ist, und wurde daher auch nicht von



Siegel Herzog Rudolfs I. von Sachsen-Wittenberg ab 1335 (Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden, 10001 Ältere Urkunden, Nr. 3433)

Mötsch aufbereitet (vgl. Mötsch, Johannes: Die Balduineen. Aufbau, Entstehung und Inhalt der Urkundensammlung des Erzbischofs Balduin von Trier, Veröffentlichungen der Landesarchivverwaltung 33, Koblenz 1980). Deshalb erfolgt an dieser Stelle eine knappe Beschreibung. Der Willebrief entstammt dem Urkundenbestand der Trierer Kurfürsten im Landeshauptarchiv Koblenz. Diesen ist auch sein Empfänger, Balduin von Luxemburg, zuzurechnen, so dass eine durchgehende Überlieferung im Empfängerarchiv angenommen werden darf. Bei der Urkunde handelt es sich im Hinblick auf die Klassifikation um eine behändigte Ausfertigung auf Pergament. Das beschädigte Siegel ist anhängend an einem Pergamentstreifen. Der Willebrief Rudolfs (*Rodolphus Dei gratia dux Saxoniae sancti*

Romani imperium archimarschalis) wurde in Frankfurt am Main am 15. März 1339 ausgestellt (*Datum Frankenfort anno Domini millesimo trecentesimo tricesimo nono Idus Martii*). Da der Jahresanfang sich nach dem Circumcisionsstil bestimmt, kann die Datierung unproblematisch aufgelöst werden. Rudolf stimmt der Privilegienbestätigung und -erteilung Ludwigs des Bayern (*dominus Ludewicus quartus romanorum imperator*) an Balduin von Luxemburg (*Baldewini sancte Trevirensis ecclesie archiepiscopus*) zu, ohne dass konkrete Privilegien genannt werden.

Der Sachse Herzog Rudolf I. aus dem Geschlecht der Askanier hatte wohl aufgrund der Abstammung seiner Mutter Agnes, einer Habsburgerin, bei der Doppelwahl von 1314 Partei für den ebenfalls aus dem Haus Habsburg stammenden Friedrich III., genannt der Schöne, ergriffen. Damit stand er nach der Niederlage Friedrichs gegen Ludwig den Bayern in der Folge der Schlacht bei Mühldorf am 28. September 1322 im Lager der Verlierer. Balduin von Trier gehörte in der Auseinandersetzung mit Friedrich der Partei Ludwigs

an und hatte diesen 1314 auch gewählt. Im Übrigen hatte Sachsen-Lauenburg, das seit der Erbteilung von 1296 mit Sachsen-Wittenberg um das Recht der Königswahl stritt, seine Stimme ebenfalls Ludwig gegeben und damit nicht nur die Doppelwahl erst möglich gemacht, sondern sich auch im Hinblick auf die endgültige Sicherung des Rechts der Königswahl einen Vorteil verschafft.

Es ist zu fragen, warum der Willebrief, ein Zeichen der Annäherung an Ludwig, nicht unmittelbar nach der Schlacht bei Mühldorf, also nach der augenscheinlichen Niederlage der Partei Friedrichs III., sondern erst viel später ausgestellt wurde. Die Gründe hierfür sind vielschichtig. Durch das Aussterben der Askanier in Brandenburg 1320 verband Rudolf

die Hoffnung, dieses von ihm bereits seit 1319 verwaltete Territorium als Lehen zu erhalten. Als 1323 Ludwig der Bayer seinen gleichnamigen Sohn Ludwig mit Brandenburg belehnte, was im Sinne der Hausmachtspolitik des Wittelsbachers in der Hauptsache gegen Habsburg gerichtet war, bedeutete dies zugleich eine Demütigung und Schlechterstellung für Rudolf. Zwar stand er durch seine Parteinahme für Friedrich auf der unterlegenen Seite, doch war er nicht machtlos. Im Streit mit Papst Johannes XXII., der sich im Kirchenbann gegen den König vom 23. März 1324 manifestierte, war Ludwig zunehmend auf Verbündete im Reich angewiesen. Selbst eine Aussöhnung mit dem Haus Habsburg wurde durch den König im Münchener Vertrag vom 5. September 1325 und auch den Ulmer Vertrag vom 7. Januar 1326 vorangetrieben.

Rudolf stellte sich gemeinsam mit seinem Bruder Wenzel auf die Seite Ludwigs. Diese gemeinsam mit anderen Fürsten des Reiches geübte antikuriale Haltung führte für Rudolf letztlich zur Verbesserung seiner rechtlichen Position im Hinblick auf das Recht der Königswahl. Im Kurverein von Rhens am 16. Juli 1338

schlossen sich die Kurfürsten zu einem unbefristeten Bündnis zusammen. Erzbischof Balduin, der frühe Parteigänger Ludwigs, und Herzog Rudolf hatten damit eine Annäherung vollzogen. Konkret wurde im Bündnis des Kurvereins bestimmt, dass nur ihnen die Wahl des römischen Königs (des späteren Kaisers) ohne päpstliche Einmischung bzw. Approbation zustand. Damit festigte Rudolf seine Ansprüche gegenüber den Sachsen-Lauenburgern, die am Kurverein von Rhens nicht beteiligt waren. Auch der inzwischen zum Kaiser gekrönte Ludwig stellte sich mittelbar hinter die Ansprüche Sachsen-Wittenbergs. Durch sein Mandat „Licet iuris“ vom 6. August 1338 nahm er Bezug auf das Bündnis von Rhens, an dem Rudolf und damit Sachsen-Wittenberg beteiligt war. Er beanspruchte darin, die Kaiserwürde aus der Wahl durch die Kurfürsten abzuleiten. Politisch konnte Ludwig diesen Anspruch nicht durchsetzen. Erst mehr als 150 Jahre später gelang dies Maximilian I. mit dem Titel des Erwählten Römischen Kaisers. Nahezu unmittelbar danach datiert Rudolfs Willebrief an Balduin. Die vorerst gesicherte Position als Kurfürst und das damit verbundene Amt des Erzmarschalls des Heiligen

Römischen Reichs wurden, wie oben gezeigt, in der Inscriptio durch die Nennung des Erzmarschallamtes dokumentiert bzw. demonstriert. Das späte Ausstellen des Willebriefs ist also in einer ersten Phase auf die Opposition Rudolfs zu Ludwig zurückzuführen, die durch die Belehnung von Ludwigs Sohn mit Brandenburg weiter Nahrung erhielt. In einer zweiten Phase nutzte Rudolf die Auseinandersetzung des Königs bzw. Kaisers mit dem Papst und zog schließlich hinsichtlich des Rechts der Königswahl Vorteil aus dem Rhenser Kurverein. Diesen wiederum nutzte der Kaiser im Sinne Rudolfs für sich, so dass der zu diesem Zeitpunkt erfolgten Versöhnung mit Kaiser Ludwig, wie auch bereits zuvor mit Erzbischof Balduin, der Willebrief als ein äußeres Zeichen folgte.

Daniel Heimes
(Landeshauptarchiv Koblenz)

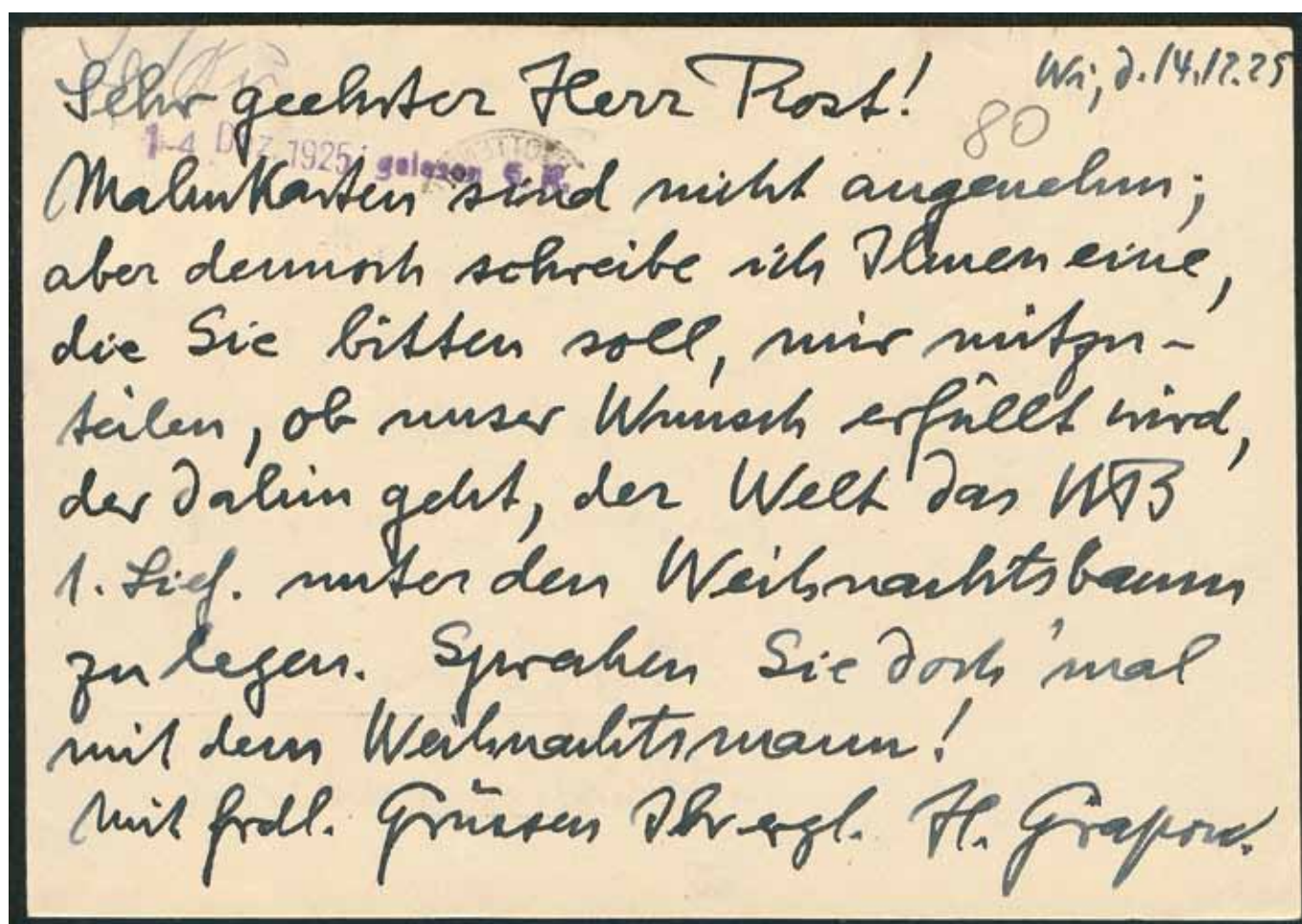
Vom Trödelmarkt gerettet – Der Wissenschaftsverlag J. C. Hinrichs, Leipzig

1791 gründete August Leberecht Reinicke eine Buchhandlung in Leipzig, in die er 1796 Johann Conrad Hinrichs als Gesellschafter aufnahm. 1819 wurde Adolf Rost Teilhaber des nun unter J. C. Hinrichs'sche Buchhandlung firmierenden Geschäfts. Von nun an führten Angehörige der Familie Rost die Buchhandlung und den ab den 1860er Jahren davon getrennt geführten Verlag J. C. Hinrichs. Dieser hatte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts aufgrund der Herausgabe von Verzeichnissen neu erschienener Bücher einen erheblichen Bekanntheitsgrad im deutschen Buchhandel erreicht, spezialisierte sich aber zunehmend auf die Fachgebiete Theologie, Ägyptologie und Orientalistik.

1863 erschien erstmals die älteste ägyptologische Zeitschrift der Welt, die „Zeitschrift für Ägyptische Sprache und Altertumskunde“ (ZÄS). Zu einem bis heute wirkmächtigen Standardwerk entwickelte sich das ab 1926

erscheinende „Wörterbuch der ägyptischen Sprache“ von Adolf Erman und Hermann Grapow. J. C. Hinrichs brachte die „Realencyklopädie für protestantische Theologie und Kirche“ heraus und publizierte seit 1882 unter der Herausgeberschaft von Adolf von Harnack und Oscar von Gebhardt die „Texte und Untersuchungen zur Geschichte der altchristlichen Literatur“. Bereits 1876 nahm er die „Theologische Literaturzeitung“ (ThLZ) in Verlag. Die Orientalistik gewann unter der Verlagsleitung von Adolf Rost (ab 1891) zunehmende Bedeutung. So wurden 1900 die „Wissenschaftlichen Veröffentlichungen der Deutschen Orient-Gesellschaft“ gegründet, neben Robert Koldewey und Walter Andrae publizierte dort auch der Nofretete-Ausgräber Ludwig Borchardt. 1909 übernahm J. C. Hinrichs mit dem Selbstverlag Felix Peiser auch dessen „Orientalistische Literaturzeitung“ (OLZ), die ebenso wie die ZÄS und die ThLZ heute noch existiert.

Mit Gustav Rost, der 1934 erst 42-jährig starb, endete eine lange verlegerische Familientradition. 1937 konnte der Gothaer Verleger Leopold Klotz als Geschäftsleiter gewonnen werden. In den folgenden Jahren erschienen – unter immer schwierigeren Bedingungen – noch bedeutende Einzelveröffentlichungen. Eine tragische Zäsur bildete die Zerstörung des Verlagsgebäudes durch einen Bombenangriff am 4. Dezember 1943; zum Kriegsende lag der Verlag danieder. Klotz gelang es zwar, eine Verkaufslizenz zu erhalten, nicht aber eine Lizenz zur Wiederaufnahme der Produktion. Stattdessen wurde ihm nahegelegt, sich mit dem 1946 gegründeten Akademie-Verlag in Berlin in Verbindung zu setzen, dem im entstehenden Verlagssystem der SBZ/DDR die Funktion des zentralen Wissenschaftsverlags zugewiesen worden war. 1956 starb Klotz, in den folgenden Jahren ging fast der gesamte Verlag in staatliches Eigentum über und wurde treuhänderisch durch den Akademie-Verlag



Karte von H. Grapow an Rost, 1925 (Sächsisches Staatsarchiv, Staatsarchiv Leipzig, 22208 J. C. Hinrichs Verlag, Leipzig, Nr. 637, Bl. 80)



Korrespondenzmappen des Verlagsbestands J. C. Hinrichs bei der Übernahme 2010 (Foto Thekla Kluttig)

verwaltet. Mit dem Ausscheiden der schließlich einzigen Mitarbeiterin Lucie Geist endete auch die Zeit des Verlags. Der Akademie-Verlag wurde mit seiner Liquidation beauftragt, die 1977 vollzogen wurde.

Noch vorhandene Unterlagen, v. a. wertvolle Verträge und Autorenkorrespondenzen, wurden 1977 zum Akademie-Verlag nach Berlin überführt. Der Akademie-Verlag selbst wurde 1991 durch Verkauf privatisiert, sein Archivgut 1994 – ohne die Überlieferung des Verlags J.C. Hinrichs – dem Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften übergeben. Die Korrespondenzen mit Wissenschaftlern wie Adolf von Harnack und Carl Schmidt, Alan Gardiner, Ludwig Borchart, Georg Steindorff oder Adolf Erman schienen verloren; bis sie 2008 auf dem Stand eines Trödelhändlers auf einem Berliner Flohmarkt auftauchten.

Versucht man die Geschehnisse zu rekonstruieren, ergibt sich folgendes Bild: Zu einem unbekanntem Zeitpunkt kaufte ein Berliner Trödelhändler einem Speditionsunternehmen, das eine ehemalige Betriebsstätte des Akademie-

Verlages geräumt hatte, ausgedientes Büroinventar ab. Unter den übernommenen Gegenständen befanden sich auch Kartons mit den äußerlich nicht als solchen erkennbaren Verlagskorrespondenzen. Der Händler lagerte die Kartons zunächst in Berlin-Kreuzberg ein, im Februar 2008 bot er einen kleinen Teil der Unterlagen auf einem Trödelmarkt zum Kauf an. Dort entdeckte sie Dr. Hans-Andreas Schönfeldt, der sie zunächst aus philatelistischem Interesse aufkaufte. Nachdem er schnell den kulturhistorischen Wert der Unterlagen erkannt hatte, versuchte er in Kontakten mit Berliner Wissenschaftseinrichtungen und dem Landeskriminalamt einen Weg zu ihrer Sicherung und öffentlichen Nutzbarmachung zu finden. Seine Bemühungen blieben aber vergeblich.

Nachdem Schönfeldt im Frühjahr 2009 der Leiterin des Landeshauptarchivs Sachsen-Anhalt von dem Sachverhalt berichtet hatte, vermittelte diese den Kontakt zum Sächsischen Staatsarchiv, Staatsarchiv Leipzig. Das Staatsarchiv Leipzig verwahrt Archivgut zahlreicher Leipziger Verlage in einem Gesamtumfang von über 1.200 laufenden Metern; zu

seinen Beständen zählt u. a. das Archivgut anderer bedeutender Wissenschaftsverlage wie B. G. Teubner und Johann Ambrosius Barth. Zum Zeitpunkt der Kontaktaufnahme hatte Schönfeldt zwei Drittel der vorhandenen Unterlagen aufgekauft, weitere Ankäufe jedoch aufgrund der mangelnden Unterstützung zurückgestellt. Nach dem Ankauf des ersten Teils durch das Sächsische Staatsarchiv konnte er auch die restlichen Unterlagen vom Trödelhändler erwerben, sie wurden im Frühjahr 2010 durch das Staatsarchiv übernommen. Um eine zügige Benutzung zu ermöglichen, wurde das Archivgut umgehend erschlossen und technisch bearbeitet und bildet nun den 7 lfm umfassenden Bestand „22208 J. C. Hinrichs Verlag, Leipzig“ mit Archivalien aus dem Zeitraum 1888 bis 1975. Im November 2010 wurden ausgewählte Autographen erstmals der Öffentlichkeit präsentiert; die Gastredner Prof. Dr. Dr. h. c. Christoph Marschies und Prof. i. R. Elke Blumenthal würdigten eindrücklich die wissenschaftsgeschichtliche Bedeutung des Verlags.

Thekla Kluttig
(Staatsarchiv Leipzig)

Training the Trainers – Internationale Tagung zum Thema Notfallplanung in Archiven in Kattowitz



... Archivgut wird von ...



... engagierten Kräften ...



... geborgen ...

In der Zeit vom 21. bis zum 24. September 2010 fand in Kattowitz in Polen der erste „International Emergency Preparedness Workshop“ auf Einladung des Polnischen Staatsarchivs und unter finanzieller, organisatorischer und personeller Unterstützung und Mitwirkung des Tschechischen Nationalarchivs, des Bundesarchivs der Bundesrepublik Deutschland und des Sächsischen Staatsarchivs statt. Seit Juni 2007 unterhalten diese Institutionen unter der Bezeichnung „European Disaster Prevention Group“ einen grenzübergreifenden Arbeitskreis, dem außer Dr. Barteleit (Referent für Bestandserhaltung und Notfallbeauftragter des Bundesarchivs), Dr. Durovic, (Leiter der Konservierungsabteilung des tschechischen Nationalarchivs in Prag) und Frau Czajka (Zentrallabor zur Konservierung archivischer Unterlagen in Warschau) der Verfasser dieses Beitrages als Leiter des Archivzentrums Hubertusburg und Notfallbeauftragter des Sächsischen Staatsarchivs angehören.

Bisher beschäftigte sich der Arbeitskreis mit dem Aufbau einer Informationsplattform im Internet, die von den beteiligten Ländern Deutschland, Polen und Tschechien sowie Sachsen unterhalten wird, sowie mit der inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitung dieser internationalen Fachtagung, die von Anfang an als Veranstaltung mit zwei Schwerpunkten konzipiert wurde. Zum Einen wurden einschlägige Vorträge wie etwa zum Thema „Notfallmanagement und Risikoanalyse in Archiven“ oder Auswertungen des Hochwassers 2002 aus tschechischer



... doch die Medien ...

und aus sächsischer Sicht, des Einsturzes des Stadtarchivs Köln und des Brandes der Anna-Amalia-Bibliothek in Weimar geboten. Zum Anderen wurden praktische Übungen veranstaltet, die den insgesamt zwei Dutzend Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Polen, Tschechien und Deutschland einen Eindruck von der Komplexität der Situation unmittelbar nach einem Katastrophenereignis vermittelten. Anhand solcher „case studies“ etwa zu Wasserschäden in einem Archiv oder zu einem Brandfall und in Folge davon massivem Löschwasserschaden in einer Bibliothek mitsamt einer Sensationsfotos erheischenden „Medienbegleitung“ wurden realistische



... behindern die Bergung ...

Krisenszenarien quasi spielerisch durchlebt und die so gewonnenen Erfahrungen unmittelbar im Anschluss in Arbeitsgruppen unter fachlicher Leitung ausgewertet.

Eine Videodokumentation der Tagung wird zur Zeit vorbereitet und soll über die Homepage des Arbeitskreises öffentlich zugänglich gemacht werden. Bis das soweit ist, müssen obige Fotoimpressionen genügen.

Thomas-Sergej Huck
(Archivzentrum Hubertusburg)

Kolloquium zur Adelsfamilie von Schönberg im Staatsarchiv Leipzig

Am 22. Oktober 2010 lud das Sächsische Staatsarchiv, Staatsarchiv Leipzig zum zweiten Mal zu einer Fachveranstaltung zur Erforschung des sächsischen Adels ein. Nachdem 2005 die Familie von Einsiedel im Mittelpunkt des Interesses stand, war der Blick diesmal auf die in Sachsen weit verbreitete Familie von Schönberg gerichtet. Etwa 80 Historiker, Archivare, Genealogen, Mitglieder der Historischen Kommission des sächsischen Adels und der Adelsfamilie selbst folgten der Einladung ins Staatsarchiv.

Die Vorträge waren in drei Themenbereiche untergliedert: Nach der Begrüßung und einer Einführung in den Forschungsstand durch Volker Jäger (Staatsarchiv Leipzig) waren die ersten beiden Referate auf die Gesamtfamilie sowie die Besitzgeschichte der von Schönberg gerichtet. Hans-Jürgen Voigt (Staatsarchiv Leipzig) zeichnete die Entstehung der einzelnen Linien des weit verzweigten Geschlechts nach und gab einen Überblick über den Stand der Aufarbeitung der Familiengeschichte. Anhand der im Nachlass von Friedrich Wecken vorhandenen Vorarbeiten machte er auf Desiderate in der Weiterfüh-

rung der Familiengeschichte von Schönberg ab dem 17. Jahrhundert aufmerksam. Auf eine Fülle von Einzelerhebungen stützte sich der Vortrag von Matthias Donath (Dresden) über die Besitzungen der Familie von Schönberg in Sachsen. Er konnte mehr als 200 Güter ausmachen, die ab dem 13. Jahrhundert bis 1945 mit unterschiedlicher Dauer im Besitz von Angehörigen der Familie waren. Durch die Analyse von Erwerbszeitpunkt, Besitzdauer und -verteilung gelangen ihm wichtige Aussagen zu den Erwerbsstrategien der Adelsfamilie, die anschließend in einer lebhaften Diskussionsrunde aufgegriffen wurden.

Der zweite Themenkreis befasste sich mit einzelnen Vertretern und dem adeligen Selbstverständnis der Familie. Enno Bünz (Leipzig) erläuterte anhand einer Fallstudie die Aussagekraft der Regesten des „Repertorium Germanicum“ im Vatikanischen Archiv über die Geistlichen aus dem Hause Schönberg. Anschließend erläuterte Vicky Rothe (Leipzig) die in der Geschlechterordnung von 1675 enthaltenen Strategien des „Obenbleibens“ der Adelsfamilie. Dazu korrespondierten die

im Vortrag von Jens Kunze (Wermsdorf) vorgestellten Bestimmungen aus der „Väterlichen Verordnung“ des Caspar von Schönberg aus dem Jahr 1674. Diese grundlegenden Reflexionen über das Verhalten als Vertreter der Familie von Schönberg bedürfen – so wurde in der Diskussion deutlich – des Vergleichs mit anderen Adelsgeschlechtern.

Der dritte Themenkomplex stellte die archivalischen Quellen in den Mittelpunkt. Peter Wiegand (Hauptstaatsarchiv Dresden) gab einen Überblick über die zahlreichen Bestände des Hauptstaatsarchivs, die Unterlagen zur Familie von Schönberg beinhalten, und ging näher auf die Quellen zum Stiftungswesen ein. Für das Staatsarchiv Leipzig erläuterte Birgit Richter die Etappen der Entstehung des Archivbestands „20561 Rittergut Thammenhain“. Das Findbuch zum Bestand mit mehr als 900 Akten und 49 Urkunden konnte pünktlich zum Kolloquium auf der Homepage des Staatsarchivs veröffentlicht werden. Abschließend stimmte Rüdiger Freiherr von Schönberg (Thammenhain) mit einem historischen Überblick über seine Vorfahren auf Schloss Thammenhain auf die nachfolgende Exkursion ein.



Dr. Volker Jäger, Leiter des Staatsarchivs Leipzig, bei seinem Vortrag auf dem Kolloquium (Foto Armin Junghans)

Dass das Thema der Veranstaltung nachhaltiges Interesse hervorgerufen hatte, zeigten auch die angeregten Pausengespräche beim Imbiss, zu dem das Staatsarchiv eingeladen hatte. Für einen archiv-würdigen Rahmen sorgte eine Ausstellung von Archivalien zum Rittergut Thammenhain und zur Familie von Schönberg im Veranstaltungsraum. Die Mehrzahl der Teilnehmer nutzte die Möglichkeit, während der Exkursion nach Thammenhain „Geschichte vor Ort“ zu erleben. Der Druck der Beiträge in einem Tagungsband wird durch das Staatsarchiv Leipzig derzeit vorbereitet.

Birgit Richter
(Staatsarchiv Leipzig)

Plenarvideos des Sächsischen Landtages gesichert

Die Plenarprotokolle eines Parlaments bieten politisch Interessierten sozusagen „Politik aus erster Hand“. Für Historiker stellen diese wörtlichen Niederschriften, auch „steno-graphische Berichte“ genannt, nicht nur eine wichtige Quelle zur Erforschung der Parlamentsgeschichte dar, sondern sie bieten auch zahlreiche Informationen zu einzelnen Personen, zu historischen Ereignissen und zur politischen Geschichte eines Landes. Die sächsische Überlieferung von der Einrichtung der Ständeversammlung des Königreichs Sachsen 1833 bis zur Auflösung des Landtages 1952 wird im Sächsischen Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden verwahrt.

Heutzutage werden die Protokolle des Sächsischen Landtages nicht nur gedruckt, sondern – so weit es sich um eine öffentliche Sitzung handelte – auch im Internet veröffentlicht. Die Geschäftsordnung des Landtages sieht darüber hinaus vor, dass Ton- und Bildaufzeichnungen gefertigt werden, die

nach Ablauf der Aufbewahrungsfristen im Parlamentsarchiv niederzulegen sind. Dazu gehören auch die Plenarvideos, die in Sachsen seit der ersten konstituierenden Sitzung des Landtages am 27. Oktober 1990 – zunächst noch mit Unterstützung der Evangelischen Landeskirche und dann mit eigener Videotechnik – aufgezeichnet werden. Anders als die schriftlichen Protokolle dokumentieren sie nicht nur das gesprochene Wort, sondern sie liefern ein umfassenderes Bild einer Sitzung, indem sie z. B. den Tonfall und die Gestik des Redners, aber auch die Stimmung im Plenum dokumentieren.

Aufgezeichnet auf S-VHS – einem wenig verbreiteten und heute veralteten analogen Videosystem – sind vor allem die frühen Plenarvideos des Sächsischen Landtages in ihrer Erhaltung gefährdet. Das Parlamentsarchiv trat daher bereits Anfang 2009 an das Sächsische Staatsarchiv heran, um eine gemeinsame Lösung für die Archivierung dieser wichtigen

historischen Überlieferung zu finden. Nachdem das Staatsarchiv im Juni 2009 das Archivzentrum Hubertusburg in Betrieb nehmen konnte, in dem neben der Zentralwerkstatt für Erhaltung von Archiv- und Bibliotheksgut nun auch das Sachgebiet Audiovisuelle Medien mit den erforderlichen Sondermagazinen untergebracht ist, konnte am 29. Oktober 2010 ein Kooperationsvertrag über die Sicherung, Verwahrung und Erschließung der Plenarvideos der 1. und 2. Wahlperiode (1990–1999) unterzeichnet werden.

Mit dem Vertrag wurde vereinbart, dass das Staatsarchiv die Videobänder verwahrt, eine Sicherungskopie im jeweils gültigen Master-Format herstellt und für den Sächsischen Landtag eine Benutzerkopie als Video-DVD anfertigt. Der Landtag kommt im Gegenzug für die Personal- und Nebenkosten auf, erschließt die Videobänder und stellt dem Staatsarchiv die Erschließungsdaten zur Verfügung, damit jederzeit ein Rückgriff auf die Aufzeichnungen hergestellt werden kann. Bei der Übergabe der Bänder handelt es sich jedoch nicht um eine Übergabe von Archivgut im Sinne von § 12 Sächsisches Archivgesetz. Da der Landtag ein eigenes Archiv unterhält, werden die Parlamentsvideos nicht in den Bestand des Sächsischen Staatsarchivs übernommen; die Nutzung der Videoaufzeichnungen erfolgt auch künftig ausschließlich über das Parlamentsarchiv.

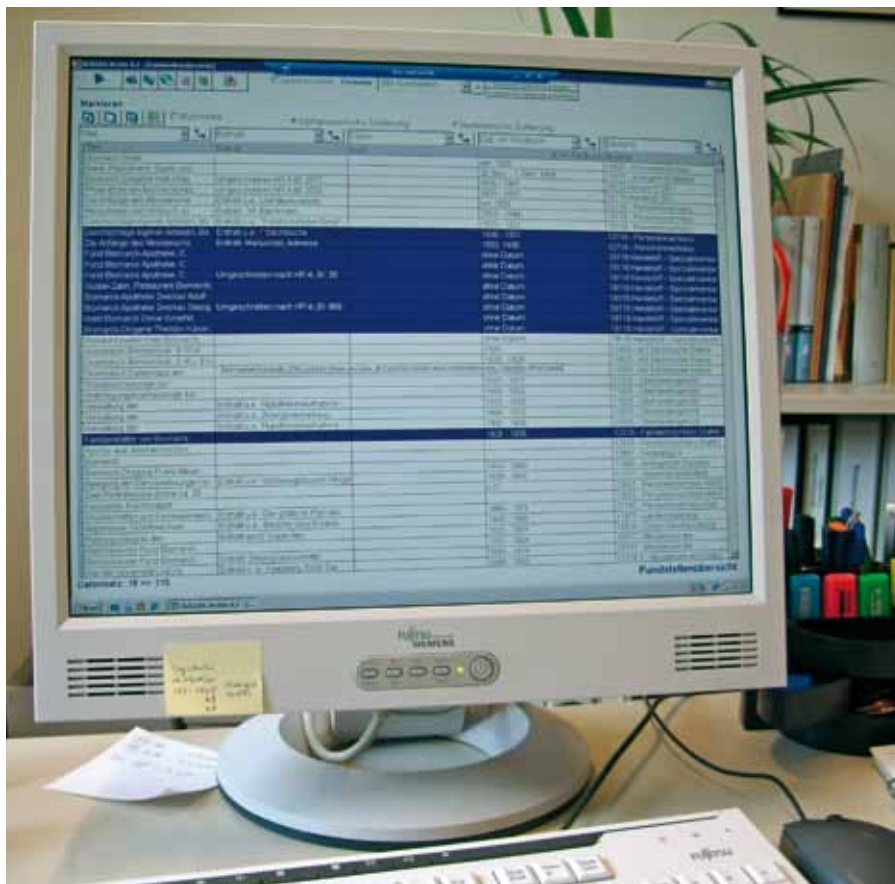
Der Sächsische Landtag und das Sächsische Staatsarchiv haben durch diese Kooperation nicht nur sicher gestellt, dass eine wichtige historische Quelle aus der bewegten Anfangszeit des Freistaates für nachfolgende Generationen erhalten werden kann. Zukunftsweisend ist auch die gemeinsame Nutzung des Know-hows und der vorhandenen räumlichen und technischen Ausstattung, die in Zeiten knapper Ressourcen immer größere Bedeutung gewinnt. Die Tatsache, dass auch Plenarvideos künftig ausschließlich digital aufgezeichnet werden, macht deutlich, vor welcher Herausforderung die Archive und mit ihnen ihre Träger stehen, wenn sie den Bürgern auch in Zukunft „Politik aus erster Hand“ anbieten möchten.



Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung durch Dr. Matthias Röbler, Präsident des Sächsischen Landtages, und Dr. Jürgen Rainer Wolf, Direktor des Sächsischen Staatsarchivs, am 29.10.2010 (Foto Ines Dietrich)

Andrea Wettmann
(Zentrale Aufgaben, Grundsatz)

Zentraler Server für archivische Fachanwendung, Upgrade der Software



Rechercheliste mit für die Bestellung markierten Archivalien (Foto Michael Merchel)

Es ginge auch mit Karteikarten und den Behördenrepertorien aus dem 18. Jahrhundert. Dann wären wir aber mindestens von vorgestern. Das Sächsische Staatsarchiv mit seinen unendlich wertvollen Dokumentenschätzen der jüngeren und fernerer Vergangenheit hat es sich auf die Fahnen geschrieben, diese kundenfreundlich für die Benutzung zur Verfügung zu stellen und dabei so effizient wie nur irgend möglich zu arbeiten.

Zwei Beispiele:

Beispiel 1: Das Staatsarchiv hat sich nach einem intensiven Abwägungsprozess für die neueste Version der Archivsoftware Augias-Archiv 8.2 entschieden. Mit ihr können die Kunden nun direkt von den Recherche-PCs in den Lesesälen Archivalien für ihre Forschun-

gen bestellen. Hat das Staatsarchiv in den letzten Jahren bereits intensiv an der Übertragung seiner Findmittel in elektronische Form gearbeitet, wird dies nun noch einmal forciert werden, damit bald das gesamte frei zugängliche Archivalienvermögen des Freistaats Sachsen so recherchiert werden kann. Im Hintergrund wird an Effizienzsteigerungen gearbeitet, die der Benutzer des Staatsarchivs nur vermittelt durch einen besseren Service bemerkt. Stichworte sind hier u. a.: Einbindung von Sonderlösungen im Bereich der Archivalienlagerhaltung und des Nachweises von Reproduktionen; schnellere Erstellung von Beständeübersichten und Findbüchern; Bereinigung von überkommenen, schwer durchschaubaren bzw. missverständlichen Signaturschemata; Einbindung der

Erschließungsinformationen zu den audiovisuellen Medien in die zugehörigen Aktenbestände.

Beispiel 2: Seit diesem Jahr werden die Erschließungsinformationen zu den Archivalien aller Standorte über einen zentralen Terminalserver verwaltet. So kann nun von jedem Standort aus auf alle Erschließungsdaten im Bereich des Staatsarchivs zugegriffen werden. Der Kenner unter den Benutzern weiß, dass archivische Dokumente oft einer Ergänzung aus Dokumenten anderer Standorte bedürfen, um ihren vollen Informationswert zu offenbaren. Das bedeutete zunächst immer Recherchereisen zur Ermittlung relevant erscheinender Archivalien und in der Regel dann eine zweite Reise zur eigentlichen Forschung. Durch die zentrale Terminalserverlösung kann nun komfortabel standortübergreifend ermittelt werden. Ein Wermutstropfen bleibt allerdings auf absehbare Zeit bestehen – die Archivalien selbst werden aus Bestandserhaltungsgründen nicht mit durch die Datenleitung gepresst. Die Reise zur Einsichtnahme bleibt.

Unbemerkt von den Archivbenutzern hat das neue System im Hintergrund noch einen anderen Effekt, nämlich eine dem technischen Stand entsprechende Sicherung der Erschließungsdaten. Dies sind zwar nicht die Archivalien selbst, aber ein Verlust auch nur dieser Daten wäre ein herber Rückschlag für jeden Kunden des Archivs. Ziel ist es darüber hinaus, alle Daten der verschiedenen Standorte nicht nur auf einem Server zu verwalten, sondern auch in einer einzigen Datenbank zusammenzufassen. Dies würde dann Ihnen, den Benutzern, für die das Staatsarchiv dies alles tut, über ein komfortableres und schneller zu aktualisierendes Internetangebot zugute kommen. Bis dahin muss aber noch einiges an Arbeit investiert werden – und dies wird eine neue Meldung sein.

Michael Merchel
(Zentrale Aufgaben, Grundsatz)

Nachhaltige Hilfe für das Stadtarchiv Köln durch das Sächsische Staatsarchiv

Spätestens seit der Elbeflut 2002 weiß man im Sächsischen Staatsarchiv die Unterstützung Dritter bei der Bergung durchnässten Archivgutes und anschließender konservatorisch-restauratorischer Bearbeitung zu schätzen. Daher war es der Sächsischen Archivverwaltung ein nur allzu selbstverständliches Anliegen, dem Stadtarchiv Köln nach dem Einsturz des Archivgebäudes zeitnahe Hilfe und Unterstützung anzubieten. Direkte Hilfe erfolgte quasi sofort auf der persönlichen Ebene in Form der Unterstützung durch Archivare, die vor Ort bei der Bergung von Archivgut mitwirkten.

Unterstützung bei der restauratorischen Bearbeitung von aus der Einsturzstelle geborgenem Archivgut wird – nach im Jahr 2009 erfolgten, im Herbst schließlich konkret gewordenen Vorverhandlungen – direkt und praktisch seit Mitte Februar 2010 im Archivzentrum Hubertusburg gewährleistet. In der dort untergebrachten Zentralwerkstatt für Erhaltung von Archiv- und Bibliotheksgut (ZErAB) wird seither im Rahmen eines Pilotprojektes unter Anleitung einer – und über Phasen: einer zweiten – Restauratorin des Historischen Archivs sowie mit Unterstützung von zeitweise elf Projektkräften und zusätzlich unter zeitweiliger Mitwirkung dreier Kölner Archivare bei der Bestandsreorganisation gefrorenes Archivgut mit der Gefriertrocknungsanlage vakuumgetrocknet und anschließend einer ersten restauratorischen Bearbeitung zugeführt.

Diese besteht zunächst aus der trockenen Reinigung der Papieroberflächen, um die Beaufschlagung durch aufliegenden alkalischen Baustaub zu entfernen. Die gereinigten Archivalien werden, soweit möglich, foliiert und individuell barcodiert, damit auf dieser Grund-

lage und unter Einsatz einer internetbasierten Software die Zusammenführung der gewöhnlich höchst disparaten Archivalien in die ursprünglichen Überlieferungszusammenhänge erfolgen kann. Ferner werden einfache konservatorische Maßnahmen wie Papierglättung und Risssschließungen durchgeführt, die für die anschließende Digitalisierung notwendig sind um weiteren Schädigungen vorzubeugen.

Anders als bei den meisten institutionellen Unterstützungsangeboten, die dem Stadtarchiv Köln unterbreitet wurden und die sich meist auf das Angebot der Übernahme der Restaurierung von einzelnen Archivgutstücken, wie etwa in Sachsen im Falle der Sächsischen Landes- und Universitätsbibliothek Dresden, die für Köln vier Rechnungsbücher aus dem 14. und 17. Jahrhundert restaurierte und zugleich eine digitale Reproduktion davon angefertigt hat, ist das Angebot des Sächsischen Staatsarchivs von Anfang an nicht auf die Einzelrestaurierung von Zimelien ausgerichtet gewesen, sondern auf die serielle Bearbeitung großer Mengen einsturzbbedingt geschädigten Archivgutes.

Angesichts der Dimensionen der Schäden, die der Einsturz in Köln verursacht hat, ist mit konventionellen, auf das archivische Einzelstück gerichteten Methoden der Restaurierung in absehbarer Zeit nicht mit einer Behebung eines nennenswerten Anteils der Schäden am Archivgut zu rechnen. Hierzu bedarf es neuer, auf die zeitgleiche Behandlung großer Mengen geschädigter Archivalien ausgerichteter restauratorischer Verfahren, die mit der ZErAB im AZH in Sachsen erstmals im nichtkommerziellen Bereich zur Verfügung stehen. Etwa 85% des Gesamtbestandes von 30 Regalkilometern weisen starke bis mittelstarke Schädigungen auf. Neben vielfach

mechanischen Schäden, tritt durch Feuchtigkeitseintrag aus dem Grundwasser auch vielfach ein Befall mit Mikroorganismen auf. Allen geborgenen Objekten ist zudem gemein, dass sie durch die Unmengen an entstandene Baustaub und -schutt, der einen sehr hohen pH-Wert aufweist, verunreinigt sind. Vor allem die Trockenreinigung bildet daher den Hauptteil der im Archivzentrum durchgeführten Arbeiten durch das Historische Archiv. Bisher wurden auf der Grundlage des Projektvertrages, der dem Zweck diene, geeignete Workflows für die restauratorische Tätigkeit zweier unterschiedlicher Behörden unter einem Dach zu ermitteln, 70 lfm Archivgut in oben beschriebener Weise bearbeitet und ca. siebeneinhalb Tonnen Archivgut in den Gefriertrockenanlagen getrocknet. Zugleich wurden während der Projektlaufzeit die Kosten ermittelt, die der Freistaat der Stadt Köln monatlich für die Nutzung der Restaurierungswerkstätten nebst Spezialtechnik und Büroräumen in Rechnung stellt.

Nach Abschluss des derzeit noch im Verhandlungsprozess befindlichen Kooperationsvertrages sollen die bisherigen Tätigkeiten im allerdings personell bis zum Dreifachen verstärkten Rahmen fortgesetzt werden. Es sollen darüber hinaus auch weiterführende Restaurierungsprozesse etabliert werden. So werden in den Spezialwerkstätten des Archivzentrums zukünftig auch gerollte Pläne und Karten bearbeitet werden.

**Thomas-Sergej Huck /
Sabrina Rakelmann
(Archivzentrum Hubertusburg /
Stadtarchiv Köln)**

Theater im Bergarchiv Freiberg

Unglücke im Bergbau wirken durch die damit einhergehenden menschlichen Katastrophen im kollektiven Gedächtnis lange nach. Es kommt jedoch auch vor, dass sie durch die Erinnerung an nachfolgende Ereignisse überlagert werden. Während im Zwickauer Steinkohlerevier die Erinnerung an das große Grubenunglück von 1960 auch heute noch sehr virulent ist (s. Beitrag von Clemens Heitmann im Sächsischen Archivblatt 1/2010), ist in der öffentlichen Wahrnehmung ein weiteres großes Unglück aus dem Jahr 1952 weit weniger präsent. 48 Bergleute kamen damals bei einem Grubenbrand ums Leben. Die Unterlagen dazu werden im Bergarchiv Freiberg verwahrt (Bestand 40124 VEB Steinkohlenwerk Martin Hoop). Infolge des Unglücks kam es zu einem Prozess vor dem Obersten Gericht der DDR, der von der berüchtigten Hilde Benjamin ge-

führt wurde. Weiterhin wurde ein Schriftsteller beauftragt, die Geschehnisse literarisch zu verarbeiten (Rudolf Fischer, Martin Hoop IV, Berlin 1958). Dieser Roman bietet eine sehr eigene, den politischen Vorgaben geschuldete Interpretation der Ereignisse; allerdings zeigt sich in einzelnen Details, dass der Autor wahrscheinlich über Akteneinsicht verfügte. Diese drei Quellenkorpora – Betriebsunterlagen, Prozessunterlagen, Roman – bilden ein spannungsreiches Konglomerat von verschiedenen Texttypen und Sichtweisen desselben Ereignisses. Das Mittelsächsische Theater Freiberg fand sich bereit, auf der Basis dieser Vorlagen eine Lesung zu konzipieren und in den Räumen des Bergarchivs dramaturgisch in Szene zu setzen. Schauspiel dramaturg Klaus-Peter Fischer und die Schauspieler Ines Kramer, Andreas Jendrusch und Christian

Weber verwandelten daraufhin das „grüne Foyer“ des Verwaltungstraktes des Bergarchivs Freiberg Mitte September 2010 in eine kleine Theaterbühne. Geschickt nutzten sie die Treppe und die Galerie des Obergeschosses, um einzelne Dokumente und Versatzstücke zu präsentieren. Von Jonas Pöpelmann am Schlagzeug begleitet entstand so ein vielschichtiges Bild der dramatischen Ereignisse, sowohl von den intensiven Bemühungen der Rettungsmannschaften, als auch von der bürokratisch-nüchternen „Abwicklung“ der Hinterbliebenenversorgung und der ideologisch verzerrten gerichtlichen Aufarbeitung.

Peter Hoheisel
(Bergarchiv Freiberg)

Ausstellung „Adolf Bleichert & Co. – Leipziger Verlade- und Transportanlagen in aller Welt“ im Staatsarchiv Leipzig

Die Ausstellung, die vom 2. Dezember 2010 bis 15. April 2011 zu sehen war, dokumentierte eindrucksvoll die Geschichte und Produktpalette der Firma Adolf Bleichert & Co. in Leipzig und deren Nachfolgebetriebe von der Gründung im Jahre 1874 bis 1953. Nicht nur Archivalien des Staatsarchivs, wie Geschäftsunterlagen, zahlreiche Fotos und Werbefilme aus den 1930er Jahren, wurden präsentiert, sondern auch Leihgaben des Fördervereins „Heinrich-Budde-Haus“ e.V., des Bürgervereins Gohlis e.V. sowie der Dresdner Verkehrsbetriebe AG / Gruppe Bergbahnen bereicherten u. a. mit Tafeln, Modellen, originalen Drahtseilen und Gemälden die Ausstellung.

Mit den Aufträgen für die Firma Krupp in Essen von 1875 bis 1878 begann die Entwicklung der Firma zum Weltmarktführer des Drahtseilbahnbaues. Viele Patente zur Entwicklung des „Bleichertschen Systems“ wie beispielsweise der Einsatz von Winkelstationen, des geflochtenen Drahtseils und die Erfindung der selbsttätigen Kupplungsklemme „Automat“ für die Seilbahnwagen zur Überwindung von

großen Steigungen im Gebirge waren Grundlage für den Aufstieg des Unternehmens. Die Seilbahnen wurden vor allem als Transportmittel für Rohstoffe und Massengüter in der Montanindustrie eingesetzt.

Nach dem Tod des Firmengründers Adolf Bleichert im Jahre 1901 übernahmen die Söhne Max und Paul Bleichert die Leitung des Unternehmens. Die Produktpalette wurde ständig erweitert und neben Drahtseilbahnen auch Elektrohängebahnen, Becherwerke, Seil- und Kettenförderer, Bagger u. a. Verlade- und Transportanlagen gebaut. In den 1920er Jahren konstruierte und montierte die Firma die ersten Personen-Seilschwebbahnen, z. B. 1926 die Österreichische Zugspitzbahn in Ehrwald (Tirol).

Infolge der Weltwirtschaftskrise und den damit verbundenen sinkenden Auftragseingängen musste die Firma am 4. April 1932 Konkurs anmelden. Unter Ausschaltung der Familie Bleichert wurde das Unternehmen am 23. Juni 1932 als Bleichert Transportanlagen GmbH

Leipzig neu gegründet. Die Firma gehörte ab 1946 zur Sowjetischen Aktiengesellschaft Podjomnik, wurde 1953 nach der Rückgabe an die DDR verstaatlicht und in VEB Verlade- und Transportanlagen Leipzig umbenannt.

In der Ausstellung wurden ausgewählte Verlade- und Transportanlagen, die in Leipzig, Deutschland und Europa sowie in den übrigen Kontinenten gebaut wurden, vorgestellt. Zu den größten in der Stadt Leipzig eingesetzten Drahtseilbahnen gehörte um 1901 die Materialbahn, die Sand und Kies für den Bau des Leipziger Völkerschlachtdenkmal transportierte. Die berühmte Predigtstuhlbahn in Bad Reichenhall, mit deren Bau im Jahr 1927 begonnen wurde, gilt heute als die älteste im Original erhaltene, ganzjährig verkehrende Großkabinenseilbahn der Welt. Die Bahn wurde am 1. Juli 1928 in Betrieb genommen und ist seit dieser Zeit ohne jede Beanstandung im Dienst. Gezeigt wurde auch ein Foto der 1909 gebauten nördlichsten Drahtseilbahn in Spitzbergen (Norwegen). Sie förderte die Kohle aus den Gruben ohne Umladung bis in

die im Hafen liegenden Lastdampfer. In den argentinischen Kordilleren errichtete die Firma Bleichert 1903 bis 1904 die zur damaligen Zeit mit 34 km längste Seilbahn der Welt. Sie diente zum Transport von Erzen aus den Minen, die sich in einer Höhe von 4600 m befanden bis zur Talstation Chilecito in 1076 m Höhe. Mit Inbetriebnahme der Bahn sanken die Transportkosten von umgerechnet 50 Mark je Tonne auf 5,30 Mark. Das Maschinenhaus und die Talstation sind noch heute erhalten und können besichtigt werden. In weiteren

Ausstellungsabschnitten wurden Erfindungen der Firma Bleichert um 1930 vorgestellt. Dazu gehörten der Elektrokarren „Eidechse“ mit Trittbrettklenkung und der Kugelschauler. Letztgenannter arbeitete ähnlich wie ein Bagger, nahm das Schüttgut aber schonender auf und beförderte es auf Transportwagen. Neben der Produktpalette des Unternehmens wurden auch Gemälde und originale Quellen zur Familie Bleichert, den Werkstätten in Leipzig-Gohlis und den sozialen Bedingungen der Belegschaft präsentiert.

Auf der Grundlage von Exponaten bereitete die Archivpädagogin Merit Kegel zum Thema „Industrialisierung in Sachsen“ archivpädagogische Angebote speziell für die Klassenstufen 8 und 11 vor. In zwei Fortbildungen informierten sich Geschichtslehrer von Gymnasien über die Ausstellung und die damit verbundenen Schülerprojekte im Staatsarchiv Leipzig. Die Angebote, die auch Fächer verbindende Elemente (Physik und Geografie) enthielten, fanden eine große Resonanz. Lehrer und Schüler nutzten die präsentierten Archivalien sowie weitere Unterlagen anderer Wirtschaftsbestände für zahlreiche Workshops und Führungen.

Die Ausstellung war u.a. durch Werbung in der Presse und innerhalb des Bürgervereins Leipzig-Gohlis e.V., sehr gut besucht. Einige Besucher, darunter ehemalige Beschäftigte des VEB Verlade- und Transportanlagenbau Leipzig sowie an der Geschichte des Drahtseilbahnbaus und der Stadt Leipzig Interessierte, suchten das Gespräch mit den Archivmitarbeitern und übergaben Bücher und Unterlagen zur Bestandsergänzung. Besonderer Dank gilt Herrn Dr. Hötzel, der uns in der Vorbereitungsphase beratend zur Seite stand, Vorträge hielt und mit dem Bürgerverein Leipzig-Gohlis e.V. eine Broschüre zur Ausstellung herausgab.

Marion Fechner
(Staatsarchiv Leipzig)



Elektrokarren „Eidechse“, Hauptbahnhof München, um 1930 (Sächsisches Staatsarchiv, Staatsarchiv Leipzig, 20781 Bleichert Transportanlagen GmbH, Leipzig, Nr. 502/75)

Rezensionen

Niklot Klüßendorf, Münzkunde. Basiswissen (Band 5 Hahnsche Historische Hilfswissenschaften, hrsg. von Elke Frhr. von Boeselager und Thomas Vogtherr), Verlag Hahnsche Buchhandlung : Hannover 2009, 128 S., 29 s/w Abb., ISBN 978-3-7752-6135-7, 14,80 €

Mit der vorliegenden Publikation „Münzkunde“ wird die Reihe der „Hahnschen Historischen Hilfswissenschaften“ um einen weiteren profunden Band ergänzt. Dabei gehört der vereinfachende Titel zur Konzeption dieser Reihe, denn Klüßendorf betrachtet die Numismatik im größeren Zusammenhang der Geldgeschichte und bindet sie in den Kanon der Historischen Hilfswissenschaften ein.



und Geldgeschichte an der Philipps-Universität Marburg ist Niklot Klüßendorf (* 1944) heute wohl einer der besten Kenner der Thematik. Der Autor versteht sein Werk vor allem als „Studienbuch mit dem gebotenen kompromierten Überblick“ und als „Einstiegshilfe“

Als Historiker und Volkskundler mit langjähriger Praxis in den Staatsarchiven Detmold und Marburg sowie als Lehrbeauftragter an der Archivschule Marburg und zuletzt als Professor für Numismatik

(S. 8) für Studierende der Geschichtswissenschaften und interessierte Laien. In sechs Hauptkapiteln bietet der Autor aus Sicht des Rezensenten weit mehr als nur Basiswissen im Sinne einer Einführung in die Geldgeschichte, sondern stellt auch komplexe Sachverhalte verständlich dar und vermittelt einen umfassenden Blick auf die zahlreichen Berührungspunkte mit anderen Hilfswissenschaften und Quellengattungen. Nach einem kurz gehaltenen Kapitel „Historische Hilfswissenschaften und Numismatik“, in dem die geschichtliche Entwicklung der Numismatik und ihr Platz unter den Hilfswissenschaften skizziert wird, stehen im II. Kapitel Gegenstand und Methoden der Numismatik nach Quellengruppen im Fokus. Dabei konzentriert sich der Autor auf

Geldzeichen, Münzfunde und Schriftquellen und geht in mehreren Unterkapiteln ausführlicher auf diese Hauptquellengruppen ein. Neben Funktion und Definition von Münzen und Geldzeichen werden wichtige Grundbegriffe der Numismatik erläutert und durch einige Abbildungen veranschaulicht. Es folgen Erörterungen und zahlreiche praxisbezogene Hinweise zu Münzfunden im Kontext zur Denkmalpflege, Volkskunde und Archäologie, zu ihrem historischen Aussagewert, zu Publikationsformen sowie zu rechtlichen Aspekten. In dem Abschnitt über schriftliche Quellen werden die Schnittstellen zum Archivwesen besonders deutlich, wenn Klüßendorf auf Urkunden, Amts- und Rechnungsbücher, Akten und gedruckte Quellen in Verbindung mit Geld als Kulturfaktor eingeht. Das III. Kapitel widmet sich der Geldtheorie und dem Geldverständnis, der Funktion von Rechnungs- und Buchgeld seit dem Hochmittelalter sowie dem quellenkritischen Umgang mit dokumentierten Preisen und Löhnen, was an ausgewählten Beispielen der Geldgeschichte verdeutlicht wird. Gerade in diesem letzten Unterkapitel wird vor Fehlinterpretationen bei der Auswertung historischer Quellen z. B. durch ungenaue Umrechnungen von Maßen und Gewichten oder von Löhnen und Wertvorstellungen für bestimmte Waren oder Dienstleistungen in ihrer Zeit gewarnt. Im folgenden IV. Kapitel geht Klüßendorf auf Berührungspunkte der Numismatik mit anderen Hilfswissenschaften und deren vielschichtigen Verflechtungen ein. Hier wird die wechselseitige Bedeutung der Diplomatik, der Aktenkunde, der Paläographie, der Chronologie, der Heraldik, der Phaleristik,

der Sphragistik, der Genealogie, der Onomastik, der Metrologie und der Historischen Bildkunde für die Numismatik auf 16 Seiten dargestellt. Kapitel V widmet sich öffentlichen Einrichtungen wie Museen, Bibliotheken, Denkmalpflegestellen, Archiven, Hochschulen, Akademien, Kommissionen und Instituten, die in irgend einer Form Geldzeichen sammeln, ausstellen, pflegen und verwahren. Besonders in größeren Stadt- und Landesarchiven verbergen sich häufig vielfältige Informationen zur Geldgeschichte im weiteren wie auch zur Münzkunde im engeren Sinn, die oft noch ihrer Auswertung harren. Zudem unterhalten einige Archive auch Münzsammlungen oder haben Geldzeichen in ihrem Sammlungsbestand. Mitunter befinden sich Belegstücke von Münzen und Medaillen in den Akten oder gelangen über Nachlässe in die Archive. Weitere Abschnitte dieses Kapitels befassen sich überblicksartig mit dem numismatischen Vereinswesen seit dem 19. Jahrhundert und mit der „Münze als Gegenstand der Liebhaberei“, also dem privaten Hobby des Münzsammelns und dem mitunter ambivalenten Verhältnis zwischen Sammlern und professionellen Wissenschaftlern der Münzkabinette. In Kapitel VI gibt Klüßendorf einen historisch-systematischen Überblick zur Geldgeschichte von den karolingischen Münzreformen im 8. Jahrhundert bis zur Einführung des Euro im Jahre 2002. Dieses mit 37 Druckseiten umfangreichste Kapitel bringt dem Leser leicht verständlich und reich illustriert mehr als 1200 Jahre Geldgeschichte in Mitteleuropa näher. Hier wird dem Leser in komprimierter Form und dennoch mit zahlreichen Details

und Beispielen ein äußerst informativer Abriss zur Entwicklung des Geldes im Kontext europäischer Geschichte geboten. Eine Auswahlbibliografie und ein umfangreicher Index schließen den Band ab. Besonders der als Sachregister angelegte Index erleichtert den Zugang zu gesuchten Informationen ganz wesentlich und ersetzt vielfach auch ein Glossar numismatischer Fachbegriffe.

Das Buch empfiehlt sich aus Sicht des Rezensenten nicht nur für Studenten der Geschichte und verwandter Studienfächer, sondern auch für in diesen Fächern Lehrende und für Mitarbeiter in größeren Museen, Bibliotheken und Archiven zur Vertiefung der mehr oder weniger vorhandenen numismatischen Grundkenntnisse. Es kann gleichermaßen als Ratgeber für Praxis und Lehre wie als Kompendium zur Erweiterung des wissenschaftlichen Profils und der Allgemeinbildung dienen. Einen kompletten Ersatz für den auch von Klüßendorf mehrfach beklagten Abbau hilfswissenschaftlicher Lehrstühle und den damit verbundenen Schwund entsprechender Kenntnisse (und Archivars!) kann das Buch jedoch ebensowenig leisten wie andere einschlägige Fachliteratur. Ein Lichtblick könnte aber schon darin bestehen, den Band „Münzkunde“ nicht nur für die Fach- und Hausbibliotheken zu beschaffen, sondern auch darin zu lesen und bei Bedarf damit zu arbeiten, die daraus gewonnenen Erkenntnisse anzuwenden und weiterzugeben.

Gerald Kolditz
(Staatsarchiv Leipzig)

Sigrid Dauks, „Aus den Akten auf die Bühne“ : Inszenierungen in der archivischen Bildungsarbeit (Historische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, hrsg. v. Susanne Freund, Bd. 2), BibSpider : Berlin 2010, 144 Seiten, ISBN 978-3-936960-52-5, 25,90 € (D)

Sigrid Dauks nähert sich in ihrem Band einem Bereich, der bislang nicht zum klassischen Repertoire der Öffentlichkeitsarbeit in Archiven zählte. Sie unternimmt den Versuch, die unterschiedlichen Formen der Zusammenarbeit von Archiven mit Theatern und Schulen bei der Inszenierung von historischen Stoffen zu systematisieren und zu verorten. Die Autorin ist Mitarbeiterin des Archivs der Universität Bremen und gleichzeitig am Projekt des historischen Seminars der Universität Bremen „Aus den Akten auf die Bühne“ beteiligt. In



einer knappen Einleitung definiert sie zunächst die Begriffe Inszenierung und szenische Darstellung, gibt einen guten Überblick über den Diskussionsstand zum Thema und nähert sich dann in einem zweiten Kapitel der Frage, wie historische Bildungsarbeit in Archiven gestaltet wird und welche Rolle szenische Darstellungen in der Bildungsarbeit und in der Archivpädagogik spielen. Die drei nun folgenden Abschnitte der Untersuchung stellen den Hauptteil der Arbeit dar. Zur Datenbasis ihrer Ausführungen gelangte die Autorin einerseits über eine Recherche nach Berichten

über entsprechende Vorhaben in den regionalen Archivzeitschriften, andererseits über eine Umfrage bei allen Archivaren, welche den Informationsdienst „ABP – Archiv-Bildung-Pädagogik“ des Arbeitskreises Archivpädagogik beziehen. Zunächst stellt Dauks die Projekte der Stadtarchive Wolfsburg, Harsewinkel und Nürnberg vor, daran anschließend die Vorhaben und Projekte der BStU mit einer Vielzahl von Inszenierungen und szenischen Lesungen. In einzelnen Resümees zieht die Autorin eine kurze Bilanz zu Aufwand und Erfolg der jeweiligen Vorhaben. Es folgt eine Vorstellung von einzelnen Projekten, bei denen die Inszenierung hauptsächlich durch die beteiligten Theater erfolgten und die Archive im Hintergrund blieben bzw. die Funktion eines Materiallieferanten einnahmen. Schließlich stellt Dauks den vorgestellten Projekten das Geschichts- und Theaterprojekt der Universität Bremen

„Aus den Akten auf die Bühne“ gegenüber. Ein allgemeines Fazit, ein Abkürzungs- sowie ein Quellen- und Literaturverzeichnis schließen die Studie ab. In einem knapp zwanzigseitigen Anhang listet die Autorin dankenswerterweise archivische Inszenierungsprojekte auf, die von ihr recherchiert wurden.

Der Einschätzung der Reihenherausgeberin, der Potsdamer Professorin Susanne Freund, szenische Darstellungen in der Bildungsarbeit der Archive würden durch die vorliegende Arbeit in ein neues Licht gerückt (S. 8), ist durchaus zuzustimmen. Alleine die von Dauks recherchierten und im Anhang aufgeführten 46 Einzelvorhaben machen deutlich, dass eine Zusammenarbeit zwischen Theater und Archiv inzwischen nicht mehr exotisch ist. Die von ihr vorgestellten Einzelaktivitäten ausgewählter Archive können tatsächlich als besonders gelungene Beispiele gelten. Die aus Sicht des Rezensenten hohe Zahl an Vorhaben ist es aber auch, welche bei genauerer Betrachtung Fragestellungen und Methode der Autorin einer deutlichen Kritik unterziehen lassen. Der Anhang verrät, dass diese Projekte von insgesamt 23 Archiven durchgeführt wurden, davon elf Staatsarchive, neun Stadtarchive, ein Archiv des Bundes und drei andere Archive (v.a. Archivverbände). Dem steht gegenüber, dass auf die Umfrage der Autorin von 220 angeschriebenen Archivaren 36 Archive(sic!) antworteten, von denen wiederum lediglich 9 Erfahrungen mit szenischen Darstellungen hatten (S. 15, Anm. 18). Die Autorin erkennt zwar, dass das Umfrageergebnis in keiner Hinsicht repräsentativ ist, problematisiert die Diskrepanz der reinen Zahlenergebnisse jedoch leider nicht weiter. Um im eigenen Unterkapitel, das sich mit der Auswertung der Umfrage befasst, zu verallgemeinernden Ergebnissen (S. 31–34) zu kommen, muss sie die Umfrageergebnisse mit ihren Rechercheergebnissen ergänzen. Ebenso macht Dauks nicht hinreichend deutlich, wie sie die Auswahl ihrer beispielhaft aufgeführten Aktivitäten der Stadtarchive Wolfsburg, Harsewinkel und Nürnberg sowie der BStU getroffen hat. Diese repräsentierten „unterschiedliche Herangehensweisen der Inszenierung und Kooperationsmöglichkeiten“ (S. 35), schreibt sie. Das ist nicht zu bestreiten, wie auch die vorgestellten

Projekte zweifelsohne sehr beeindruckende, positive Beispiele für Kooperationen zwischen Archiven und Theatern bzw. Schulen sind. Doch wie begründet sich der Fokus der Darstellung auf kommunale Einrichtungen, wo doch die Mehrzahl der von Dauks im Anhang aufgeführten Aktivitäten bei staatlichen Archiven zu finden ist? Die Autorin mag ihre Gründe dafür haben – sie nennt sie aber nicht und macht sich dadurch angreifbar. Was aber deutlich schwerer wiegt, ist das bedauerliche Fehlen einer kritischen Differenzierung zwischen den Archiven. Die Größenunterschiede werden zwar genannt (das Stadtarchiv Harsewinkel hat nur wenige Mitarbeiter, die BStU mehrere hundert), aber kaum problematisiert. Ebenso reflektiert die Autorin leider nicht die unterschiedliche programmatische Ausrichtung ihrer Beispielsarchive, die sich sowohl in den amtlichen Bezeichnungen greifen lässt als auch in den gesetzlichen Grundlagen. Dass beim „Institut für Zeitgeschichte und Stadtrepräsentation“ in Wolfsburg und dem „Haus der Nürnberger Geschichte“ die historische Bildungsarbeit ein wesentlicher Schwerpunkt der Tätigkeit ist, liegt auf der Hand. Die Tätigkeit der BStU orientiert sich nach dem StULG eben nicht an den klassischen Archivaufgaben der Überlieferungsbildung, Verwahrung, Erhaltung und Benutzung, sondern am parlamentarischen Auftrag zur Aufarbeitung eines Unrechtssystems. Die Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit gehört nach § 37 StULG zu den Aufgaben der BStU (S. 53, Anm. 121), während nur vier von 16 Landesarchivgesetzen diese direkt als Aufgabe benennen (S. 18, Anm. 24), d. h. bei den anderen zwölfen nur indirekt von einer Zugehörigkeit zum Aufgabenspektrum angenommen werden kann. Vielleicht liegt gerade in dieser unterschiedlichen Ausrichtung der Archive ein Grund für unterschiedliche Intensität, mit der anscheinend bestimmte Archivtypen Kooperationen bei der Inszenierung von Geschichte suchen? Der Rezensent hätte sich eine Einschätzung durch die Autorin gewünscht.

Die Zusammenarbeit der Universität Bremen mit der *bremer shakespeare company* im Projekt „Aus den Akten auf die Bühne“ macht beeindruckend deutlich, dass so völlig neue Wege der Geschichtsvermittlung beschritten

werden können. Die Rolle, welche das Staatsarchiv Bremen mit der Unterstützung bei der Recherche, Anfertigung von Digitalisaten und Vorstellung des Projekts (Vitrinenausstellung) am Tag der Archive 2008 spielte, scheint allerdings nicht wesentlich über die üblichen Aufgaben eines Archivs hinausgegangen zu sein (S. 86). Damit ist dieses Projekt mit den anderen Vorhaben wohl nur bedingt zu vergleichen. Leider grenzt die Autorin dieses bemerkenswerte Projekt nicht von anderen Darstellungsformen der gehobenen historischen Bildungsunterhaltung („Infotainment“) ab.

Zu Recht bedauert Dauks, dass die von ihr untersuchten Projekte so gut wie nicht auf ihren Erfolg hin evaluiert worden sind (S. 109). Doch wie soll Erfolg in der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit messbar sein? Für Hinweise, wie sich die Autorin eine Evaluation vorstellen könnte, wären bestimmt viele in der Öffentlichkeitsarbeit tätige Archivare dankbar gewesen. Zugegeben, dieses Problem ist zu komplex, um mit wenigen Sätzen abgehandelt zu werden. Doch alleine schon die Problematik hätte die Diskussion darum weiter befördert, zumal Dauks die Zielgruppen historischer Bildungsarbeit in Archiven zutreffend benennt (S. 25).

Insgesamt bleibt nach der Lektüre des Buches von Sigrid Dauks ein etwas ambivalenter Eindruck zurück. Einerseits gebührt ihr der Verdienst, die Zusammenarbeit zwischen Archiv, Theater und Schule als eine sehr beeindruckende und wohl auch erfolgversprechende Art der archivischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit vorzustellen, die inzwischen auch gar nicht mehr so selten anzutreffen ist – die von ihr gewählten Beispiele zeigen deutlich, welches hohe Niveau erreicht werden kann – andererseits aber hätte sich der Rezensent ein höheres Maß an kritischer Reflexion und Problembewusstsein gewünscht.

Peter Hoheisel
(Bergarchiv Freiberg)

Sächsisches Archivblatt

Mitteilungen des Sächsischen Staatsarchivs

Heft 1/2011

Titelbild:

Alfred der Straßenkehrer, Karikatur von Gerhard Brinkmann (Sächsisches Staatsarchiv, Staatsarchiv Leipzig, 22206 Nachlass Brinkmann, Nr. 602)

Adressen

Sächsisches Staatsarchiv

Direktor sowie Zentrale Aufgaben, Grundsatz

Wilhelm-Buck-Straße 4, 01097 Dresden

Telefon 0351/564-37 40, Telefax 0351/546-37 39, E-Mail poststelle@sta.smi.sachsen.de

Sächsisches Staatsarchiv

Hauptstaatsarchiv Dresden

Marienallee 12, 01099 Dresden

Telefon 0351/80 06-0, Telefax 0351/8 02 12 74, E-Mail poststelle-d@sta.smi.sachsen.de

Sächsisches Staatsarchiv

Staatsarchiv Leipzig

Schongauerstraße 1, 04328 Leipzig

Telefon 0341/2 55 55-00, Telefax 0341/2 55 55-55, E-Mail poststelle-l@sta.smi.sachsen.de

Sächsisches Staatsarchiv

Staatsarchiv Chemnitz

Schulstraße 38, 09125 Chemnitz

Telefon 0371/3 34 79-0, Telefax 0371/3 34 79-22, E-Mail poststelle-c@sta.smi.sachsen.de

Sächsisches Staatsarchiv

Bergarchiv Freiberg

Schloßplatz 4, 09599 Freiberg

Telefon 03731/ 39 46-10, Telefax 03731/39 46-27, E-Mail poststelle-f@sta.smi.sachsen.de

Archivverbund Bautzen

Staatsfilialarchiv Bautzen

Schloßstraße 10, 02625 Bautzen

Telefon 03591/53 10 86, Telefax 03591/4 26 47, E-Mail archivverbund@bautzen.de

Im Internet finden Sie uns unter:

www.archiv.sachsen.de



Impressum

Herausgeber:

Sächsisches Staatsarchiv, Wilhelm-Buck-Straße 4, 01097 Dresden
Telefon: +49 351/564-37 40
Telefax: +49 351/564-37 39
E-Mail: poststelle@sta.smi.sachsen.de

Redaktionsbeirat:

Dr. Peter Hoheisel (Bergarchiv Freiberg)
Raymond Plache (Staatsarchiv Chemnitz)
Birgit Richter (Staatsarchiv Leipzig)
Dr. Peter Wiegand (Hauptstaatsarchiv Dresden)

Redaktion:

Michael Merchel (Zentrale Aufgaben, Grundsatz)
E-Mail: michael.merchel@sta.smi.sachsen.de

Satz und Druck:

Druckerei Friedrich Pöge e. K., Leipzig

Redaktionsschluss:

6. April 2011

Bezug:

Diese Druckschrift erscheint halbjährlich und kann beim Sächsischen Staatsarchiv kostenfrei bezogen werden.

Verteilerhinweis:

Diese Informationsschrift wird von der Sächsischen Staatsregierung im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtung zur Information der Öffentlichkeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von deren Kandidaten oder Helfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für alle Wahlen.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist auch die Weitergabe an Dritte zur Verwendung bei der Wahlwerbung.

Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die vorliegende Druckschrift nicht so verwendet werden, dass dies als Parteinarbeit des Herausgebers zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Diese Beschränkungen gelten unabhängig vom Vertriebsweg, also unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Informationsschrift dem Empfänger zugegangen ist. Erlaubt ist jedoch den Parteien, diese Informationsschrift zur Unterrichtung ihrer Mitglieder zu verwenden.

Copyright

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen und der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten.